

#DIRTYOLDTOWN

**JUSOS**  
Ostwestfalen-Lippe

DIRTY OLD TOWN – EIN HERZ FÜR DIE PROVINZ

ORDENTLICHE REGIONALKONFERENZ DER JUSOS OWL

17. AUGUST IN PADERBORN

# Antragsbuch

zur

Regionalkonferenz der Jusos OWL

am 17. August 2019

in der Jugendherberge Paderborn

Meinwerkstraße 16

## Inhaltsverzeichnis

<b>Arbeit und Soziales</b>		
<b>A1</b>	Rückzahlung von Studienkosten im dualen Studium	Minden-Lübbecke
<b>A2</b>	„Was kann ich dafür, dass ich in einer Pflegefamilie großwerde?“	Paderborn
<b>A3</b>	Unterhaltsverweigerung ist kein Kavaliersdelikt!	Paderborn
<b>Europa, Außenpolitik und Verteidigung</b>		
<b>E1</b>	Seenotrettung ist kein Verbrechen	Höxter
<b>E2</b>	Auch indirekte Rüstungsexporte sind Rüstungsexporte!	Paderborn
<b>E3</b>	Ausweitung des Haar und Barterlasses der Bundeswehr	Paderborn
<b>Finanzen, Wirtschaft und Nachhaltigkeit</b>		
<b>F1</b>	Nachhaltig wachsen – Grundlagen jungsozialistischer Wirtschafts- und Industriepolitik in Zeiten des Klimawandels	Regionalvorstand
<b>F2</b>	Alleinerziehende steuerlich nicht vernachlässigen -Pauschalisierung des Entlastungsbetrages	Höxter
<b>F3</b>	Finanzmarktregulierung aus Leidenschaft	Paderborn
<b>Kommunales</b>		
<b>K1</b>	Dirty Old Town – Ein Herz für die Provinz	Regionalvorstand
<b>K2</b>	(Wieder) Mehr Demokratie wagen – integrierte Stichwahl für Bürgermeister*innen und Landräte einführen	Paderborn
<b>Netzpolitik</b>		
<b>N1</b>	Public Money, Public Code - was alle bezahlen, soll auch allen gehören	Paderborn
<b>Organisationspolitik</b>		
<b>O1</b>	Feminismus - mehr als nur einer unserer Grundwerte: Strategien für mehr aktive Frauen bei den Jusos OWL	Regionalvorstand
<b>O2</b>	Alle reden vom Rave! Wir nicht!	Minden-Lübbecke

# A1

## Rückzahlung von Studienkosten im dualen Studium

AntragsstellerIn: Kreisverband Minden-Lübbecke

1 Die Regionalkonferenz der Jusos OWL möge beschließen, dass Firmen von dual Studierenden keine  
2 Rückzahlung der durch das Studium entstandenen Kosten verlangen dürfen.

### 3 **Begründung**

4 Das Einstellen von dual Studierenden birgt ein unternehmerisches Risiko, dass nicht einfach auf  
5 Menschen abgewälzt werden darf. Genau wie andere Auszubildende müssen dual Studierende sich  
6 darauf verlassen können, dass sie mit dem Studium ein gutes Fundament für ihre Berufslaufbahn legen  
7 und nicht etwa fürchten müssen, bei nicht bestehen mit Schulden belastet werden.

8 Der Verlust durch etwaige entstandene Kosten im Studium kann Firmen weiterhin als Anreiz dienen,  
9 die Studierenden bei ihrem Studium (etwa in Form von Zeit zum Lernen oder durch Hilfe von bereits  
10 Ausgelernten) zu unterstützen.

11 Dual Studierende sind ohnehin durch einen hohen Leistungsdruck belastet, der durch das  
12 Zusammenspiel von Studium, Arbeit und Ausbildung entsteht. Zusätzliche Strapaze durch die Furcht  
13 vor der Rückzahlung einer hohen Geldsumme kann daher schnell zu psychischen Erkrankungen führen.

# A2

## „Was kann ich dafür, dass ich in einer Pflegefamilie großwerde?“

AntragsstellerIn: Kreisverband Paderborn

1 „Was kann ich dafür, dass ich in einer Pflegefamilie großwerde?“ – so könnten viele Jugendliche fragen,  
2 nachdem sie ihre erste Gehaltsabrechnung erhalten haben. Die Antwort auf diese rhetorische Frage  
3 lautet natürlich „Nichts“ und so schließt sich die Frage nach der Berechtigung von finanzieller  
4 Benachteiligung von über 200.000 Kindern und Jugendlichen in Betreuten Wohneinrichtungen oder  
5 Pflegefamilien an. Wenn diese in ihrer Jugend ihr Taschengeld aufbessern und durch arbeiten neben  
6 der Schule etwas hinzuverdienen wollen oder während ihrer Ausbildung eine Ausbildungsvergütung  
7 erhalten, wird dieses Geld bis zu 75% einbehalten. Durch ein intransparentes und willkürliches  
8 Antragsverfahren gibt es mittlerweile zwar die Möglichkeit, mehr einzubehalten. Diese reicht aber bei  
9 weitem nicht aus, da sie sich auf Jobs beschränkt, die im sozialen oder kulturellen Bereich bestehen  
10 oder „dem Zweck der Jugendhilfe dienlich“ sind.

11 Junge Menschen, die schon von vorneherein mit Herausforderungen zu kämpfen, die die meisten in  
12 ihrem Alter glücklicherweise nicht haben, werden also zusätzliche Hürden auf dem Weg in die  
13 finanzielle Selbständigkeit und berufliche Bildung aufgestellt. Ihnen wird vermittelt, dass ihre Arbeit  
14 nur 25% von dem wert ist, als wenn sie jemand anderes machen würde, und dass es sich somit kaum  
15 lohnt, diese Arbeit zu ergreifen. Ein Ausweg aus dieser Situation ist Schwarzarbeit, die natürlich nicht  
16 abzugsfähig ist, ein anderer, sich nicht um Arbeit oder Ausbildung zu bemühen, und ein weiterer, es  
17 doch zu tun und sich von der geringen Bezahlung frustrieren lassen.

18 Das können aus unserer Sicht keine Alternativen oder Perspektiven für motivierte junge Menschen  
19 sein, denen wir einen guten Start ins Arbeitsleben ermöglichen wollen. Darum fordern wir:

- 20 • Eine deutliche Absenkung der Heranziehung der Einkommen von Kindern und  
21 Jugendlichen in Pflegefamilien oder Betreuten Wohneinrichtungen
- 22 • Streichung der Voraussetzungen bzgl. der Art der Tätigkeit

# A3

## Unterhaltsverweigerung ist kein Kavaliersdelikt!

AntragsstellerIn: Kreisverband Paderborn

1 1,55 Millionen Menschen leben in Deutschland alleine mit minderjährigen Kindern im Haushalt. Dies  
2 bringt für die betreffende erziehende Person eine Reihe von nicht zuletzt finanziellen  
3 Herausforderungen mit sich. Der höhere Zeitaufwand für die Erziehung verhindert häufig die  
4 Aufnahme einer Vollzeitbeschäftigung, was in der Konsequenz oft im Bezug von Arbeitslosengeld II als  
5 Hauptgeldquelle oder als Aufstockung führt. Auch aufgrund dieser schwierigen finanziellen Lage, sind  
6 insbesondere die betroffenen Kinder auf Unterhaltszahlungen des weiteren Elternteils angewiesen,  
7 um die Ausgaben für Kleidung, Bildung und den täglichen Bedarf zu decken. Dabei kommt es bei  
8 780.000 Alleinerziehenden dazu, dass entweder nicht oder nicht regelmäßig oder nicht in der  
9 vereinbarten Höhe gezahlt wird. In diesem Fall springt der Staat ein und zahlt den Betroffenen den  
10 sogenannten Unterhaltsvorschuss. Je nach Alter des Kindes beträgt dieser zwischen 160€ und 282€  
11 pro Monat und wird bis zur Vollendung des 18. Lebensjahrs gezahlt.

12 Man sollte meinen, dass dieser „Vorschuss“ im Nachgang vom säumigen unterhaltspflichtigen  
13 Elternteil zurückgefordert wird, um nicht die Gesellschaft dafür haftbar zu machen. Dies ist mitnichten  
14 der Fall. Nur 13% der Forderungen werden beglichen, der Rest nicht. Konkret bedeutete das für 2018  
15 beispielsweise Kosten für den Staat in Höhe von 2,1 Milliarden Euro, demgegenüber standen 270  
16 Millionen Euro an wiedergeholtem Geld. Dies liegt zum einen daran, dass das Einkommen schlicht nicht  
17 dazu ausreicht und unter der Grenze, ab der man zahlungspflichtig ist, liegt. Zum anderen aber auch  
18 an dem schlicht fehlenden Willen, das andere Elternteil finanziell zu unterstützen, zur Not auch auf  
19 dem Rücken des betroffenen Kindes. Durch Umzug ohne Mitteilung der neuen Adresse, Schwarzarbeit,  
20 Zahlungsverweigerung, Ausnutzen der mangelhaften Verwaltung der Forderungen bei den Behörden  
21 werden viele Möglichkeiten genutzt, um sich vor den Unterhaltszahlungen zu drücken.

22 Diese Thematik hat neben der finanziellen auch noch eine geschlechtliche Komponente: Von 1,55  
23 Millionen Alleinerziehenden sind 1,36 Millionen Frauen, 91% aller säumigen Unterhaltspflichtigen sind  
24 Männer.

25 Zur Bekämpfung von unberechtigter Nichtzahlung von Unterhaltsansprüchen an Ex-Partner\*innen und  
26 dem Ausnutzen des Unterhaltsvorschusses für den eigenen finanziellen Vorteil fordern wir daher:

- 27 • Sensibilisierung von Behörden für diese Problematik und Austausch mit Verbänden  
28 von Alleinerziehenden
- 29 • Verlagerung der Kompetenzen und Zuständigkeiten von Jugendämtern zu  
30 Finanzämtern und bessere personelle Ausstattung derselben oder finanzielle  
31 Beteiligung der entsprechenden Jugendämter an wieder eingeholten Zahlungen
- 32 • Erweiterte Nachweispflichten der Unterhaltspflichtigen über Zahlungsunfähigkeit
- 33 • Erweiterte Sanktionsmöglichkeiten wie einfachere Pfändungen

**E1**

## **Seenotrettung ist kein Verbrechen**

AntragsstellerIn: Kreisverband Höxter

1 Die Regionalkonferenz der Jusos OWL möge beschließen, dass sich die SPD noch stärker, auch im  
2 europäischen Raum, für die Entkriminalisierung der Seenotrettung einsetzt.

### **3 Begründung**

4 Hunderte, Tausende Menschen wagen den Schritt und flüchten aus ihren Ländern Richtung Europa,  
5 dabei nehmen sie den gefährlichen Weg über das Mittelmeer auf sich. Deutschland, aber auch die  
6 europäische Union haben bei den Fluchtursachen dabei nicht einen ganz unerheblichen Teil  
7 mitzuverantworten.

8 Aus dem perfiden Grund der angeblichen "Invasion", wie es europäische Rechte immer gerne betiteln,  
9 werden auf dem Meer gestrandete Menschen im Stich gelassen. Dabei ist Erste Hilfe bei Ertrinkenen  
10 bzw. Bei denjenigen, die wochenlang auf den Schiffen fahren Pflicht.

11 Und nun retten diese NGOs diese Menschen und bieten ihnen Hilfe an und bringen sie ans sichere  
12 Land, aber wir, wir lehnen sie ab. Und diejenigen, die sie retten sollen zur Verantwortung gezogen  
13 werden? Ein Umstand, der so nicht für demokratische Parteien in Europa tragbar ist. Ein Europa,  
14 welches erst vor ein paar Jahren den Friedensnobelpreis bekommen hat? Wie kann dieses Europa  
15 verantworten lassen, dass unter ihrer Flagge Menschen ertrinken?

16 Die SPD muss wieder als Partei der gelebten Solidarität auftreten. Einander helfen, und vor allem, den  
17 Schwächeren helfen, ist ein Grundpfeiler, wenn nicht sogar der Grundpfeiler unserer Partei.

# E2

## Auch indirekte Rüstungsexporte sind Rüstungsexporte!

AntragsstellerIn: Kreisverband Paderborn

1 Im Koalitionsvertrag wurde ein Stopp von Rüstungsexporten an Beteiligte des Jemen-Kriegs vereinbart.  
2 Bis zur Ermordung des saudischen Journalisten Khasoggi in der saudi-arabischen Botschaft in der Türkei  
3 hatte diese Vereinbarung aber keinerlei praktische Konsequenzen für Exporte von Rüstungsgütern an  
4 Saudi-Arabien, die auch in eben jenem Jemen-Krieg eingesetzt werden konnten. Dieser vorläufige  
5 Stopp, dessen Ende nicht nur von französischen Rüstungsunternehmen, die gemeinsam mit deutschen  
6 produzieren und somit auf deren Mitwirkung angewiesen sind, gefordert wird, gilt jedoch nur für  
7 deutsche Firmen. Ausländische Tochterfirmen deutscher Unternehmen sind davon nicht betroffen.  
8 Beispielhaft hierfür steht die Firma Rheinmetall, deren italienische bzw. südafrikanische Tochterfirma  
9 Saudi-Arabien weiterhin mit Rüstungsgütern wie Munition versorgt. Während Wirtschaftsminister  
10 Peter Altmaier keinen Bedarf zu einer Änderung des entsprechenden Artikels 49 der  
11 Außenwirtschaftsordnung sieht, sagen wir:

12 Diese Umgehung deutscher Waffenexportrestriktionen kostet Menschenleben und ist nicht weiter  
13 hinnehmbar!

14 Zur weiteren Begrenzung von Rüstungsexporten fordern wir daher:

- 15 • Einbeziehung von Tochterfirmen deutscher Unternehmen in  
16 Rüstungsexportrestriktionen
- 17 • Austausch mit europäischen Partnerländern über Einschränkungen von  
18 Rüstungsexporten, v. a. in Krisengebiete

# E3

## Ausweitung des Haar und Barterlasses der Bundeswehr

AntragsstellerIn: Kreisverband Paderborn

1 Wir fordern eine sofortige Revision und Ausweitung des Haar und Barterlasses, sodass auch Männer  
2 mit langen Haaren und langem Bart, sei es aus religiösen oder persönlichen Gründen, den Dienst bei  
3 der Bundeswehr antreten können.

### 4 **Begründung**

5 Aus der zentralen Dienstvorschrift für das äußere Erscheinungsbild der Soldaten und Soldatinnen der  
6 Bundeswehr vom Bundesministerium der Verteidigung A-2630/1 geht folgendes hervor:

7 *201. Die Haartracht der Soldatinnen und Soldaten darf den vorschriftsmäßigen Sitz der*  
8 *Kopfbedeckung sowie die Funktionalität der militärischen Ausrüstung nicht behindern. Sie muss*  
9 *sauber und gepflegt sein. Modische Frisuren sind erlaubt, sofern sie nicht in Schnitt und Form*  
10 *besonders auffällig sind (z. B. Irokesenschnitte, Ornamentschnitte, Sidecuts).*  
11 *Haarfärbungen/Tönungen, zu denen auch einzelne Haarpartien (z. B. Strähnen) zählen, dürfen nur*  
12 *dem Spektrum der natürlichen Haarfarben entsprechen. Starke Kontraste sind unzulässig.*

13 *202. Die Haare von Soldaten müssen kurz geschnitten sein. Ohren und Augen dürfen nicht bedeckt*  
14 *sein. Das Haar ist so zu tragen, dass bei aufrechter Kopfhaltung Uniform- und Hemdkragen nicht*  
15 *berührt werden.*

16 *203. Bärte sind gepflegt und gestutzt zu halten. Will sich der Soldat einen Bart wachsen lassen, muss*  
17 *er dies während seines Urlaubs tun. Disziplinarvorgesetzte können Ausnahmen genehmigen.*

18 *204. Die Haartracht von Soldatinnen darf die Augen nicht bedecken. Haare, die bei aufrechter Körper-*  
19 *und Kopfhaltung die Schulter berühren würden, sind am Hinterkopf komplett gezopft auf dem Rücken*  
20 *oder gesteckt zu tragen. Dabei sind Form und Farbe der Haarspangen/Bänder dezent zu halten*

21 2005 wurde bereits gegen den Haar und Barterlass von einem Soldaten Klage erhoben und der Kläger  
22 hat beim Truppendienstgericht in München Recht erhalten.

23 Das Argument, wonach männliche Soldaten langes Haar bei der Dienstausbübung beeinträchtigt, ist  
24 nicht mehr länger tragfähig angesichts der Zulassung von weiblichen Soldaten seit dem 1. Januar  
25 2001 in allen Laufbahnen. Die Kammer des Truppendienstgerichts Süd in München hat demnach mit  
26 Beschluss vom 4. Januar 2005 den Haarerlass als willkürlich und verfassungswidrig bezeichnet.  
27 Trotzdem hält das Verteidigungsministerium am Haar und Barterlass fest.

28 Der Bart und Haarerlass kollidiert nicht nur gegen Artikel 2 des Grundgesetzes :

29 *Art. 2*

30 *(1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte*  
31 *anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.*

32 Sondern auch gegen Artikel 4, wenn z.B Sikhs aus religiösen Gründen lange Haare tragen :

33 *Art 4*

34 *(1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen*  
35 *Bekenntnisses sind unverletzlich.*

36 *(2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.*

37 Hier kollidieren Artikel 2 Und Artikel 4 des Grundgesetzes mit dem Haar und Barterlass, welches auch  
38 nicht als ein formelles Gesetz zu verstehen ist, da es nicht vom Parlament beschlossen wurde und  
39 auch keine Satzung oder Rechtsverordnung darstellt. Es handelt sich hierbei um einen so genannten  
40 Erlass um eine Anweisung des Bundesministers der Verteidigung an nachgeordnete Dienststellen.  
41 Auch der Bundesminister der Verteidigung ist als Teil der Exekutive an die Gesetzmäßigkeit der  
42 Verwaltung gebunden, Art. 20 Abs. 3 GG.

# F1

## Nachhaltig wachsen – Grundlagen jungsozialistischer Wirtschafts- und Industriepolitik in Zeiten des Klimawandels

AntragsstellerIn: Regionalvorstand

1 Die politische Debatte im Jahr 2019 ist geprägt von der Klima-Frage. Nach dem Hitze- und  
2 Dürresommer 2018, den Bildern von schmelzenden Eisbergen und vermüllten Meeren in den  
3 Nachrichten und dem vor allem von jungen Menschen auf die Straße gebrachten Druck erwarten viele  
4 Menschen von der Politik ein schnelleres Umstellen auf eine nachhaltigere Wirtschafts- und  
5 Lebensweise. Der Klimawandel stellt in seinem Voranschreiten einen Imperativ für die Politik dar, der  
6 sich nicht wegverhandeln lässt: Wenn die Menschheit auf diesem Planeten eine Zukunft haben will,  
7 muss sie umsteuern. Wir als Jusos unterstützen deshalb die Bewegung Fridays for Future.

8 Gleichzeitig zeigt das Ergebnis der Europawahl aber auch, dass es offensichtlich nicht überall Klima-  
9 Fragen sind, die Menschen umtreiben. So sind es im Osten nicht die Grünen, sondern die  
10 Rechtsradikalen, die zulegen konnten. Wir stellen deshalb fest, dass wir es derzeit mit drei großen  
11 gesellschaftlichen Veränderungen zu tun haben: Erstens die ökologische Transformation, also der mit  
12 der Rio-Konferenz 1992 gestartete politische gesteuerte Versuch, die Wirtschafts- und Lebensweise  
13 der Menschen so umzustellen, dass der menschengemachte Klimawandel entweder aufgehalten oder  
14 zumindest eingeschränkt werden kann. Zweitens die Globalisierung, also die internationale  
15 Verflechtung von Wirtschaft und Gesellschaft. Und drittens die Digitalisierung, also die  
16 Automatisierung von Arbeitsprozessen. All diese Prozesse finden statt unter den Bedingungen eines  
17 sich in den vergangenen Jahrzehnten neoliberalisierten Kapitalismus.

18 Unser Ziel bleibt der demokratische Sozialismus, die Gesellschaft der Freien und Gleichen. In der  
19 Tradition der Arbeiter\*innenbewegung sehen wir uns als progressive Partei, die den Fortschritt nicht  
20 verteufelt, sondern ihn gestaltet. Man kann die ökologische Frage nicht ohne die soziale Frage  
21 diskutieren – genauso wie man die soziale Frage nicht ohne ökologische Frage diskutieren kann. Die  
22 ökologische Krise macht klar: Unsere Wirtschaft kann nicht so weiter wachsen wie bisher. Trotzdem  
23 müssen wir an den Zielen des sozialen Fortschritts festhalten. Statt einer „Zurück in die Höhle“-Politik  
24 stehen wir für nachhaltiges Wachstum, das soziales und grünes Wachstum miteinander verbindet.

25 Kernthema sozialdemokratischer Politik muss wieder Wirtschaftspolitik werden. Nicht das, was in den  
26 vergangenen Jahrzehnten oft missverständlich als Wirtschaftspolitik bezeichnet worden ist, nämlich  
27 die Liberalisierung von Märkten, sondern eine wirkliche Politisierung und damit Demokratisierung der  
28 Wirtschaft. Die Neoliberalisierung der Politik hat dazu geführt, dass der Staat und damit die  
29 demokratische Kontrolle sich zunehmend aus Wirtschaftsfragen zurückgezogen, sich den  
30 Marktimperativen unterworfen und damit die Zunahme sozialer Ungleichheit in Kauf genommen hat.  
31 Das ist nicht nur eine Gefahr für die wirtschaftliche Zukunftsfähigkeit, sondern auch für die  
32 Demokratie: Wenn Netflix das Stadttheater, Amazon die Stadtbücherei, der private Konzern das  
33 kommunale Krankenhaus und Uber das Taxi ersetzt, geraten nicht nur die Arbeitsbedingungen der  
34 Beschäftigten unter Druck, sondern dann verlieren auch die Menschen demokratische Kontroll- und  
35 Mitbestimmungsmöglichkeiten und überlassen sie den großen Konzernen.

36 Dazu kommt für die mittelstandsbasierte europäische Wirtschaft eine globale Bedrohung: Der  
37 Wettbewerb mit den amerikanischen Tech-Konzernen und den chinesischen Staatsunternehmen ist  
38 längst Realität und die Politik bleibt sprachlos, wie sie Wettbewerbsfähigkeit ohne ein Herabsenken  
39 von Arbeitsbedingungen und sozialen und ökologischen Standards garantieren kann.

40 Stattdessen setzt gerade die Europäische Kommission auf eine hoch schädliche Wettbewerbspolitik,  
41 die arbeitsplatzsichernde und globale Wettbewerbsfähigkeit schaffende Fusionen mittelgroßer und  
42 großer Unternehmen blockiert. Prominentes Beispiel ist die Blockade der Fusion von Thyssenkrupp mit  
43 Tata Steel. Bei der geplanten Fusion wurde unter Beteiligung der IG Metall ein langjähriger Ausschluss  
44 von Kündigungen vereinbart. Nach dem Stopp der Fusion baut Thyssenkrupp nun Stellen ab.

45 In Anbetracht der globalen und digitalen Veränderungen und der ökologischen Herausforderung lohnt  
46 es sich einen Blick auf einen Sektor der Wirtschaft zu werfen, der vielen schon als Relikt der  
47 Vergangenheit galt: Die Industrie. Erst durch die große Finanzkrise, in der mit dem Finanz- und  
48 Bankensektor einer der wichtigsten Dienstleistungssektoren in eine tiefe Krise geriet, wurde der Wert  
49 einer starken und zukunftsfähigen Industrie wiederentdeckt. Wir wollen deshalb an dieser Stelle  
50 Grundsätze aufstellen, wie jungsozialistische Industriepolitik in Zeiten von Globalisierung,  
51 Digitalisierung und Klimawandel aussehen kann.

## 52 **Nachhaltig wachsen – ein rotes Konzept**

53 Grünes Wachstum ist eine rote Idee! Heute muss es darum gehen, grünes und soziales Wachstum zu  
54 nachhaltigem Wachstum zu verbinden.

55 Die Kritik am kapitalistischen Wachstum ist für die Arbeiter\*innenbewegung ein historisch  
56 gewachsenes Kernanliegen. In der Tradition des Demokratischen Sozialismus fiel das Urteil über  
57 Wachstum *als Produktion von gesellschaftlichem Mehrwert* meist ambivalent aus: Einerseits folgte aus  
58 der Industrialisierung nach kapitalistischer Logik, dass hiermit Massenarmut und Entfremdung des  
59 Menschen einhergingen, wie es Karl Marx und Friedrich Engels herausgearbeitet haben. Andererseits  
60 ist der Kapitalismus gerade aus marxistischer Sicht ein Gesellschaftssystem von zuvor nicht gekannter  
61 Leistungsfähigkeit. Seine Produktivkräfte konnten den Feudalismus zerstören und vorher  
62 unvorstellbaren gesellschaftlichen Reichtum erzeugen, der sich allerdings auf die herrschende  
63 bürgerliche Klasse konzentrierte. Marx und Engels prophezeiten, dass sich der Kapitalismus früher oder  
64 später selbst überwinden würde, weil er Produktivkräfte (wie Maschinen, Technik) hervorbrächte, die  
65 seine Logik sprengten. Im Vertrauen auf diesen „großen Kladderadatsch“ setzte die deutsche  
66 Sozialdemokratie mit ihren Gewerkschaften im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert auf eine  
67 Doppelstrategie: Zum einen wollte sie die konkreten Problemlagen der ausgegrenzten Arbeiter\*innen  
68 nicht ignorieren. Zum anderen hielt sie mehrheitlich große ‚reformistische‘ Systemveränderungen für  
69 unmöglich. Der Druck auf diese Doppelstrategie wuchs nach der Novemberrevolution 1918 gewaltig  
70 an: Die Sozialdemokratie stand auf der einen Seite im Kampf gegen reaktionäre Monarchist\*innen und  
71 Nationalist\*innen und auf der anderen in Konkurrenz zu den zunehmend fremdgesteuerten  
72 Kommunist\*innen. In dieser Lage mussten die Sozialdemokrat\*innen die neuen demokratischen  
73 Errungenschaften verteidigen. Die Kritik am System trat realpolitisch zurück, auch wenn sie in der  
74 Sozialdemokratie ideologische Bedeutung hatte. Sozialer Fortschritt innerhalb einer kapitalistischen  
75 Wirtschaft – das erschien jetzt machbar, zumindest für die vielen Sozialdemokrat\*innen, die in Reichs-  
76 oder Landesregierungen, aber auch in Betriebsräten und Gewerkschaften Ämter inne hatten. Schon zu  
77 Zeiten der Weimarer Republik hatten sich also innerhalb der sozialdemokratischen Praxis die  
78 Schlussfolgerungen verändert, die aus der marxistischen Kapitalismuskritik gezogen wurden. Auch  
79 wenn der Kapitalismus noch immer mit Argwohn betrachtet wurde, so erschien er nicht mehr in erster  
80 Linie als unabdingbar ausbeuterisches System, das sich bald selbst überwinden würde. Stattdessen  
81 packte die Sozialdemokratie die fortschrittliche Seite des Kapitalismus beim Schopfe: Sie sah dessen  
82 wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und versuchte, das kapitalistische Grundübel – wonach der  
83 Mehrwert der Produktion den Kapitalist\*innen zugeführt wird – durch Reformen in den Griff zu  
84 bekommen. Es ging ihnen einerseits um betriebliche Beteiligung der Arbeiter\*innen am erzeugten  
85 Mehrwert, andererseits um den Ausbau des bisher Bismarckschen Sozialstaats. Dieser schon lange

86 praktizierte Ansatz wurde in Bad Godesberg 1959 auch zum Programm der SPD. Kapitalistisches  
87 Wirtschaftswachstum galt jetzt als potenzielle Quelle von sozialem Fortschritt, wenn denn der  
88 Mehrwert der Produktion betrieblich und gesellschaftlich mit der Arbeiter\*innenschaft fair geteilt  
89 würde. Das Credo war: Kapitalistisches Wachstum muss als soziales Wachstum verwirklicht werden.  
90 Dieses Wachstumsverständnis ist in der Sozialdemokratie bis heute sehr präsent, doch erfährt es  
91 spätestens seit Mitte der 70er Jahre gut begründeten Widerspruch.

92 Ab 1966 stand die SPD in der Bundesrepublik erstmals in Regierungsverantwortung. In Abgrenzung zu  
93 der marktorientierten Zeit des Wirtschaftswunders setzte man konzeptionell auf klare Gegenmodelle  
94 für neues Wachstum. Politische Planung der Gesellschaft und besonders Karl Schillers Stabilitäts- und  
95 Wachstumsgesetz sollten neuen Fortschritt bringen. Diese neuen Konzepte setzten auf die Chancen  
96 aufkommender (Computer-)Technologie und die Umsetzung neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse.  
97 Auf dieser Grundlage, so dachten damals nicht nur Sozialdemokrat\*innen, ließe sich die Wirklichkeit  
98 besser analysieren und verändern. Durchaus mechanisch gedacht sollten politische Ziele schlichtweg  
99 „von oben“ durchgeplant und umgesetzt werden (z.B. beim Ziel der Vollbeschäftigung). Bei diesen  
100 hochgesteckten Zielen blieb der Erfolg der Planungseuphorie aus. Das Scheitern von Bretton Woods,  
101 die Ölkrise, die enttäuschten Menschen, die sich von Willy Brandts „Wir wollen mehr Demokratie  
102 wagen“ fälschlicherweise eine direkt demokratische statt repräsentativ demokratische Stärkung  
103 erhofft hatten und dann mit einer Politik konfrontiert wurden, die planerisch von oben soziales  
104 Wachstum durchsetzen wollte: Die Hochphase des Keynesianismus scheiterte und wurde durch  
105 neoliberale Wirtschaftspolitik ersetzt, die mehr Effizienz und mehr Freiheit versprach.

106 In der gleichen Zeit nahm eine zweite Entwicklung ihren Anfang: 1972 wurde die schon heute  
107 klassische Studie „Die Grenzen des Wachstums“ vom Club of Rome veröffentlicht. In aller Schärfe  
108 wandte sich die Studie gegen das Wirtschaftswachstum, von dem bisher v.a. die Industrieländer  
109 profitiert hatten. Die Studie rechnete hypothetisch vor, dass viele der benötigten Ressourcen (wie  
110 seltene Metalle etc.) schon in wenigen Jahrzehnten aufgebraucht wären. Der Tenor war klar: Auf  
111 einem materiell begrenzten Planeten könnte es kein unbegrenztes Wachstum geben. Eine weitere  
112 desaströse Folge von Industrialisierung und Kapitalismus wurde damit beleuchtet: Wirtschaftliches  
113 Wachstum zerstörte zunehmend seine eigene ökologische Grundlage. Schon Marx hatte davon  
114 gesprochen, dass der Kapitalismus eine Tendenz hat, seine eigene Grundlage zu zerstören:  
115 Arbeiter\*in und Boden. Die daraus entstandene Bewegung fand ihren Weg in die Sozialdemokratie:  
116 Gerade die Jusos waren stark in die Anti-AKW-Proteste involviert. Allerdings ist es zweifelsohne ein  
117 politisches Versäumnis der Sozialdemokratie, dass trotz aller Bemühungen einiger  
118 Sozialdemokrat\*innen wie etwa Erhard Eppler weder Kanzler Schmidt noch Parteivorsitzender Willy  
119 Brandt ein glaubwürdiges Angebot an die neue ökologische Bewegung richten konnte. War bis in die  
120 70er Jahre die Friedens- und Ökologiebewegung rein sozialdemokratisch, bekam die SPD zu Beginn der  
121 80er Jahre mit der Gründung der Grünen eine Konkurrenz. Konzeptionell blieb die ökologische  
122 Bewegung zunächst blank. Die ersten Ansätze, die über ein „Zurück in die Höhle“-Konzept  
123 hinausgingen, waren Ende der 80er Jahre sozialdemokratische Ideen zu grünem Wachstum mit dem  
124 Ziel, die Produktion von gesellschaftlichem und wirtschaftlichem Mehrwert vom Verbrauch endlicher  
125 Ressourcen abzukoppeln.

126 1991 war es der Sozialdemokrat Hermann Scheer, der das erste Einspeisevergütungsgesetz für  
127 Erneuerbare Energien erarbeitete und es zu einem überparteilichen Beschluss brachte. Zehn Jahre  
128 später folgte das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG), das inzwischen die Strukturen der  
129 Stromerzeugung grundlegend geändert hat. 2018 lag der Anteil erneuerbarer Energien im Stromsektor  
130 in Deutschland bei 38 Prozent. Die Treibhausgasemissionen konnten seit 1990 um fast 30 Prozent  
131 gesenkt werden. Alleine die Chemie-Industrie hat den Ausstoß von Schadstoffen seit 1990 halbiert.  
132 Auch wenn nach aktuellem Stand die Anstrengungen nicht ausreichen werden, um die von der

133 Bundesregierung gesteckten Ziele (40 Prozent Minderung der Treibhausgase bis 2020 gegenüber 1990,  
134 55 Prozent bis 2030, 70 Prozent bis 2040 und Treibhaus-Neutralität bis 2050) zu erreichen, so zeigt sich  
135 grundsätzlich: Wachstum und Nachhaltigkeit sind keine Widersprüche.

136 Gerade wenn es um Arbeitsplätze und Strukturwandel in alten Industrie-Regionen geht, kann aber ein  
137 Zielkonflikt zwischen grünem und sozialem Wachstum bestehen. Richtige soziale Ziele und notwendige  
138 ökologische Transformation dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Deshalb gilt es grünes  
139 und soziales Wachstum zu nachhaltigem Wachstum zu vereinen. Dieses Wachstum ist ein  
140 Gegenmodell zum Wachstum des neoliberalisierten Kapitalismus: In eine gute Zukunft für alle wachsen  
141 statt kurzfristig den größtmöglichen shareholder value zu erzeugen.

#### 142 **Klimapolitik heißt Umverteilungspolitik**

143 Heute werden Klimafragen wieder intensiv diskutiert und kaum jemand rechnet der SPD Kompetenzen  
144 in diesem Bereich zu. Offensichtlich hat die Partei es in den vergangenen Jahren versäumt, ein eigenes  
145 Verständnis davon zu entwickeln, was in der heutigen Zeit Klimapolitik aus sozialdemokratischer  
146 Perspektive heißt. Und so gibt es derzeit ein hegemoniales Verständnis von Klimapolitik, das auf  
147 Verbote und Regulationen setzt, die soziale Frage aber vollkommen ausklammert.

148 Diese Verbots-Ausrichtung wird von Rechten und teilweise von Liberalen angegriffen,  
149 erstaunlicherweise aber kaum von links kritisch hinterfragt. Unsere Gesellschaft ist geprägt durch ein  
150 soziales Auseinanderdriften. Eine einseitige Ausrichtung auf Verbots-Politik wird dazu führen, dass  
151 Klimapolitik den Spaltkeil in die Gesellschaft noch tiefer treibt.

152 Klimapolitik, die auf nachhaltiges Wachstum setzt, muss als Umverteilungspolitik verstanden werden.  
153 Das heißt in erster Linie ein aktiver Staat, der gerecht besteuert, um nachhaltige Investitionen in die  
154 Zukunftsfähigkeit zu finanzieren. So kann Klimapolitik auch als Mittel verstanden werden, einen  
155 Beitrag zum Zusammenhalt der Gesellschaft zu leisten.

#### 156 **Zukunftsfähige Industrie gibt es nur mit strategischer Industriepolitik**

157 Das Ende der Industrie als wichtiger Sektor zukunftsfähiger Wirtschaft galt schon als breiter Konsens.  
158 Von Liberalen über Konservative bis hin in breite Teile der Sozialdemokratie erwartete man im 21.  
159 Jahrhundert ein Zeitalter der Dienstleistungen und Finanzmärkte. Diese Euphorie zerplatzte in der  
160 Finanzkrise. Deutschland, lange als kranker Mann Europas verspottet, konnte davon profitieren, dass  
161 es noch immer einen hohen Anteil von Industrie und industrienahen Dienstleistungen an der  
162 Wertschöpfung hatte. Die noch starke Industrie zusammen mit dem Konjunkturprogramm, das die SPD  
163 in der großen Koalition gegen die ideenlosen Unionsparteien durchsetzen konnte, führten dazu, dass  
164 Deutschland im Vergleich zu anderen Staaten glimpflich aus der Weltwirtschaftskrise kam. Doch dass  
165 der Wert der Industrie wieder erkannt worden ist, führt alleine noch nicht dazu, dass Industriepolitik  
166 strategisch betrieben wird, um sie auf das Ziel des nachhaltigen Wachstums auszurichten.

167 Derzeit ist die Industriepolitik von zwei gegensätzlichen Ansätzen geprägt. Zum einen gibt es den  
168 klassisch neoliberalen Ansatz, nach dem der Staat lediglich Bürokratie abbaut und ansonsten auf die  
169 Innovationskraft des Marktes hofft. Dieser Ansatz übersieht, dass private Investoren oft das Risiko  
170 scheuen, das für die notwendige Innovation notwendig wäre. Von der Eisenbahn über Internet, GPS,  
171 Touchscreens bis hin zu moderner Nanotechnologie sind die wesentlichen zu Wachstum führenden  
172 Innovationen durch die Risikobereitschaft des Staates entstanden. Der Kapitalismus hingegen hat sich  
173 in eine Richtung entwickelt, in der Wertabschöpfung stärker belohnt wird als Wertschöpfung. So wird  
174 zugelassen, dass vor allem die großen Digital-Konzerne von den staatlichen Investitionen profitieren,  
175 gleichzeitig aber keinen angemessenen Beitrag als Steuern zurückzahlen müssen. Lenkt man gegen

176 diese Entwicklung nicht ein, gerät die für nachhaltiges Wachstum notwendige Innovationsfähigkeit in  
177 Gefahr. Der neoliberale Ansatz ist also nicht zukunftsfähig.

178 Auf einen gegensätzlichen Ansatz setzt Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier. Als Antwort auf den  
179 Druck, der durch die Wettbewerbsvorteile chinesischer und amerikanischer Konkurrenz entsteht, will  
180 er bestehende Industrien durch wirtschaftspolitisch flankierte Modernisierung erhalten, also in erster  
181 Linie nationale Champions zur Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit fördern, etwa durch Lockerungen  
182 von Fusionsregeln. Das klingt auf den ersten Blick nachvollziehbar und kann bei Einbindung von  
183 Gewerkschaften und bei einer klaren Prioritätensetzung auf den Erhalt von Arbeitsplätzen und  
184 Tarifbindung dabei helfen, die Rechte von Beschäftigten zu erhalten und auszubauen. Langfristig hilft  
185 dieser Ansatz aber zur Schaffung von nachhaltigem Wachstum auch nicht weiter. Denn was die  
186 zukunfts- und marktfähigen Sektoren und Technologien sind, kann nicht der Staat vorschreiben. So  
187 könnten Ressourcen an den falschen Stellen eingesetzt und vergeudet werden. Letztlich verhindert  
188 dieser Ansatz mehr Innovation als dass es sie schafft.

189 Weder der neoliberale noch der staatsmonopolistisch-kapitalistische Ansatz von Peter Altmaier sind  
190 strategische Industriepolitik. Ziel muss es sein, Innovation zu schaffen, die zu nachhaltigem Wachstum  
191 führt. Kernvoraussetzung dafür ist ein aktiver Staat, der zu Investitionen bereit ist. Die Schuldenbremse  
192 in der Verfassung und die schwarze Null als erklärtes politisches Ziel wirken sich faktisch als  
193 Investitionsbremse aus.

194 Für eine strategische Industriepolitik gilt es, sowohl Angebot als auch Nachfrage in den Blick zu  
195 nehmen. Wenn man mit Blick auf die derzeitigen Herausforderungen die Angebotsbedingungen positiv  
196 gestalten will, hilft es nur wenig, über Senkungen von Steuern und Abbau von Bürokratie zu reden.  
197 Stattdessen muss Angebotspolitik als Investitionspolitik begriffen werden: Anders als etwa  
198 Bundesbildungsministerin Anja Karliczek es sich vorstellt („Kein 5G an jeder Milchkanne“) muss der  
199 Staat eine flächendeckende und anspruchsvolle digitale Infrastruktur anbieten. Außerdem gilt es mit  
200 risikobereiter staatlicher Grundlagenforschung die Voraussetzungen für wirtschaftliche Innovationen  
201 zu schaffen. Gleichzeitig muss der Staat über öffentliche Nachfrage dazu beitragen, nachhaltige  
202 Produktivität zu ermöglichen. Dafür müssen ökologische Produktionsprozesse industrialisiert werden.  
203 Ziel der strategischen Nachfrage-Politik muss also die Etablierung einer Massenproduktion  
204 ökologischer und sozialer Güter sein.

## 205 **Gute Arbeit ist die Voraussetzung für eine gute Wirtschaft**

206 Digitalisierung, Globalisierung und ökologische Transformation bedeuten auch eine Veränderung der  
207 Arbeitswelt. Aus der Geschichte der Arbeiter\*innenbewegung wissen wir, dass Arbeit im Zentrum aller  
208 gesellschaftlichen Entwicklung steht. Noch immer gibt es die weit verbreitete Auffassung, die auch der  
209 EVP-Spitzenkandidat Manfred Weber im Europa-Wahlkampf wiederholte: „Sozial ist, was Arbeit  
210 schafft.“ Übersetzt also: Die Aufgabe von Politik sei es nur, Arbeitsplätze zu schaffen, die Bedingungen  
211 der Arbeit aber dem freien Spiel der Märkte zu überlassen. Dabei ist auch klar: Würden ökologische  
212 Verbesserungen zu einer Verschlechterung von Arbeitsbedingungen führen, würde dies zu  
213 berechtigtem Widerstand gegen die ökologische Transformation führen.

214 Wenn nachhaltige Industriepolitik wirklich grüne und soziale Ziele miteinander verbinden soll, muss  
215 sie auch für gute Arbeitsplätze und eine Stärkung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Teilhabe  
216 sorgen. Das Ziel muss deshalb emanzipative Vollbeschäftigung (auch unter Berücksichtigung von zum  
217 Beispiel Care-Arbeit) heißen und kann nicht über Konzepte des Bedingungslosen Grundeinkommens  
218 erreicht werden. Gerade in Zeiten des Wandels ist es stattdessen wichtig, betriebliche Mitbestimmung  
219 und Tarifbindung zu stärken.

220 Die Bereitstellung von guten Arbeitsplätzen wird vor allem in den Regionen relevant, die besonders  
221 vom Strukturwandel betroffen sind. Ein Ansatz ist es, speziell Forschungsgelder in diese Regionen  
222 fließen zu lassen um mit dem Bau oder Ausbau von Hochschulen und Forschungseinrichtungen neue  
223 Impulse für die Regionen zu geben. Wichtig wird es auch sein, in diesen Regionen nicht nur zu forschen,  
224 sondern auch die Innovationskraft in den Betrieben zu stärken. Viele mittelständische Betriebe haben  
225 zum Beispiel nur wenige oder gar keine Ingenieur\*innen, sodass die Digitalisierung gerade für diese  
226 Betriebe, die vielen Menschen Arbeit geben, eine besonders große Herausforderung wird. Deshalb  
227 sollte in diesen Regionen nicht nur geforscht, sondern auch Technologietransfer organisiert werden.  
228 Als Beispiel könnte dafür könnte das Technologie-Netzwerk aus Ostwestfalen-Lippe „it's owl“  
229 herangezogen werden. Kommunale und regionale Wirtschaftsförderung muss dazu Prozesse  
230 moderieren, die die Abhängigkeit von kleinen und mittleren Unternehmen von zum Beispiel der  
231 Autoindustrie zu mindern und Produktvielfalt fördern. Dazu kommt, dass mit Blick auf die oft  
232 schlechten Arbeitsbedingungen in der Wissenschaft eine einseitige Fokussierung auf  
233 Forschungseinrichtungen nicht ausreicht. Ziel muss es sein, auch in diesen Regionen neue Industrien  
234 mit guten Arbeitsplätzen anzubieten.

### 235 **Die europäische Dimension mitdenken**

236 In einer globalisierten Welt reicht eine nationalstaatliche Industrie-Strategie nicht aus – gerade wenn  
237 man ein globales Thema wie den Klimawandel damit angehen will. Europa hat einen gemeinsamen  
238 Markt, es braucht endlich auch eine gemeinsame Wirtschafts- und Finanzpolitik.

239 Die EU ist noch immer geprägt von der Idee, dass bei einem gemeinsamen Binnenmarkt ein  
240 Wettbewerb zwischen den Nationalstaaten zur Herstellung globaler Wettbewerbsfähigkeit förderlich  
241 sei. Diese Politik führt allerdings zu einem ruinösen Wettbewerb mit einer Abwärtsspirale bei Löhnen  
242 und Arbeitsbedingungen und bietet keine Perspektive, mit chinesischen Staatsunternehmen und US-  
243 amerikanischen Tech-Konzernen mithalten zu können.

244 Dazu kommt eine starke ökonomische Polarisierung Europas, die ihre Ursache nicht nur in  
245 unterschiedlichen rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen, sondern vor allem in der  
246 Ungleichheit der Produktionsstrukturen hat. Während etwa Deutschland eine hohe ökonomische  
247 Komplexität aufzuweisen hat, haben Griechenland, Spanien, Portugal, Lettland und Estland ein  
248 geringes Ausmaß an technologischen Kapazitäten. Die europäische Politik braucht ein gemeinsames  
249 Verständnis davon, wie man die europäische Wirtschaft innovativer machen will. Dazu lohnt sich auch  
250 ein genauerer Blick auf die Außenhandelsbilanz Deutschlands. Durch niedrige Löhne hat es die  
251 Wirtschaft der Bundesrepublik zwar geschafft massive Exportüberschüsse zu erzielen, allerdings sind  
252 die Gewinne weder durch eine hohe Importquote ausgeglichen worden, noch über Vermögens- oder  
253 Erbschaftssteuern in die Investitionskraft des Staates zurückgeflossen. Während die Wirtschaft von  
254 infrastruktureller Substanz gelebt hat, gab es auf Seiten der Vermögensverteilung eine doppelte  
255 Umverteilung von unten nach oben: Zum einen in den eigenen Betrieben, wo die Belegschaften nicht  
256 im ausreichenden Maße am Exportgewinn beteiligt wurden, und zum anderen zwischen den  
257 europäischen Staaten. Denn wo die Importe aus Deutschland kamen, wurden oft mit Schulden bezahlt

258 Praktisch möglich wird eine solche gemeinsame Politik nur sein, wenn man sich auf ein Europa  
259 verschiedener Geschwindigkeiten einlässt. Vorgehen sollte die Eurozone, ausgestattet mit einem  
260 eigenen starken Budget, das für gezielte Investitionen genutzt wird.

261 **Was wir wollen**

262 Konkret fordern wir deshalb:

- 263
- 264
- 265
- 266
- Die Schuldenbremse muss wieder aus dem Grundgesetz und den Landesverfassungen gestrichen werden. Der Fiskalpakt der Europäischen Union muss aufgekündigt und neu verhandelt werden mit dem Ziel, fiskalische Stabilität nicht mehr gegen Innovationsfähigkeit auszuspielen.
  - Ein Vorrang für Investitionen muss langfristig sichergestellt werden. Deshalb soll eine permanent positive Investitionsquote von 0,3 Prozent des Bruttoinlandsproduktes festgelegt werden.
  - Praktisch finden öffentliche Investitionen zu einem großen Teil in den Kommunen statt. Finanziell handlungsfähige Kommunen sind deshalb eine wichtige Voraussetzung für eine Investitionspolitik. Wir setzen daher auf einen Altschuldenfonds für überschuldete Kommunen.
  - Die Bundesregierung soll einen Plan aufstellen, in welche Richtung Innovation gefördert und öffentliche Nachfrage im nächsten Jahrzehnt gelenkt werden. Ziel soll dabei sein:
    - **Mobilität:** Bis 2030 soll Deutschland das klimafreundlichste Mobilitätsangebot weltweit bieten. Dabei gilt es die soziale Dimension von Mobilität und die Herstellung von gleichwertigen Lebensverhältnissen sowohl in Ballungszentren als auch in weniger besiedelten Räumen mitzudenken.
    - **Wohnen:** Bis 2030 soll die öffentliche Hand massiv in den Wohnungsbau investieren. Das ist sowohl für die Ballungsräume mit ihrem Wohnungsmangel als auch für weniger dicht besiedelte Räume relevant, in denen etwa Smart-Home-Lösungen einen besseren Zugang zu medizinischer Infrastruktur ermöglichen können.
    - **Energie:** Der Anteil erneuerbarer Energien an der Stromversorgung soll bis 2030 auf mindestens 65 Prozent steigen.
  - Die Ergebnisse der „Kohlekommission“ zum Ausstieg aus der Braunkohle müssen umgesetzt werden: Spätestens 2038, wenn es die Versorgungsaspekte und die sozialen Auswirkungen ermöglichen auch schon früher, müssen alle Braunkohlekraftwerke in Deutschland abgeschaltet werden.
  - Ein wichtiges Ziel bleibt es, Güterverkehr von der Straße zu holen und gleichzeitig effiziente Transportwege zu ermöglichen. Das heißt, dass nicht nur in die Schiene, sondern auch in den Ausbau von Wasserstraßen investiert werden muss.
  - In der Regel wird bei der Produktion die Wiederverwendbarkeit von Produkten nicht in den Vordergrund gestellt. Stattdessen wird bei ausrangierten Maschinen, Autos oder Elektrogeräten erst nachträglich geprüft, welche Bestandteile zu recyceln sind, welche Sonderbehandlungen notwendig sind, welche Giftstoffe teuer behandelt werden müssen, welcher Deponiemüll anfällt und so weiter. Ziel sollte es dagegen sein, jedes Produkt im Hinblick auf seine vollständige Wiederverwendbarkeit zu konzipieren. Die Politik muss für die Schaffung einer solchen Kreislaufwirtschaft die
- 267
- 268
- 269
- 270
- 271
- 272
- 273
- 274
- 275
- 276
- 277
- 278
- 279
- 280
- 281
- 282
- 283
- 284
- 285
- 286
- 287
- 288
- 289
- 290
- 291
- 292
- 293
- 294
- 295
- 296
- 297
- 298
- 299
- 300
- 301

- 302 Rahmenbedingungen schaffen. Instrumente dafür sind Förderprogramme,  
303 steuerpolitische Anreize oder eine Rücknahmepflicht für bestimmte Produkte.
- 304 • Insgesamt können steuerpolitische Anreize helfen, die Produktion nachhaltiger zu  
305 gestalten. Maßnahmen dazu können die Streichung umweltschädlicher Subventionen,  
306 eine ökologische Spreizung der Mehrwertsteuer oder eine sozial ausgestaltete CO<sup>2</sup>-  
307 Bespreisung sein.
  - 308 • Es muss sichergestellt werden, dass innovative Ideen nicht an Kapitalmangel oder  
309 fehlender Risikobereitschaft von Kreditinstituten scheitern. Deshalb gilt es – zum  
310 Beispiel durch die KfW oder staatliche Fonds – die Finanzierung von Green Tech-  
311 Investitionen und Neugründungen sicherzustellen.
  - 312 • Finanzielle staatliche Förderungen für industriepolitische Maßnahmen sollten  
313 degressiv gestaltet und befristet sein. So kann sichergestellt werden, dass die  
314 nachhaltig erwirtschafteten Produkte langfristig aus eigener Kraft im globalen  
315 Wettbewerb bestehen können.

# F2

## Alleinerziehende steuerlich nicht vernachlässigen - Pauschalisierung des Entlastungsbetrages

AntragsstellerIn: Kreisverband Höxter

1 Die Regionalkonferenz möge beschließen, dass der §24b des Einkommensteuergesetzes geändert  
2 wird. Das Gesetz soll den Entlastungsbetrag nicht an die Zugehörigkeit eines Kindes an die Wohnung,  
3 sondern an das Alter des Kindes knüpfen. Die Altersbegrenzung soll bei 25 Jahren liegen.

### 4 **Begründung**

5 Im Grundsatz ist der Entlastungsbetrag für Alleinerziehende eine gute Sache. Das alleinerziehende  
6 Elternteil erhält, sofern es nicht mit einer erwachsenen Person in einem Haushalt lebt, jährlich einen  
7 Betrag von 1.908€ für das erste Kind und für jedes weitere Kind 240€, die steuerlich berücksichtigt  
8 werden können.

9 Es gibt jedoch einen Sonderfall, der in der Praxis immer häufiger wird. Das Gesetz knüpft daran an,  
10 dass es für die Kinder noch Anspruch auf Kindergeld bzw. einen Kinderfreibetrag gibt und das diese  
11 (mit Erst- oder Zweitwohnsitz) bei dem Haushalt des alleinerziehenden Elternteils gemeldet sind.  
12 Leben nun bspw. zwei Kinder in einem Haushalt und das Eine ist älter als 18 Jahre und hat eine  
13 abgeschlossene Ausbildung oder Studium, so entfällt für dieses Kind grundsätzlich ein Anspruch auf  
14 Kindergeld. Das alleinerziehende Elternteil lebt nun als mit einer erwachsenen Person zusammen.  
15 Daher entfällt der gesamte Entlastungsbetrag. (Heißt für Kind 1 und Kind 2)

16 Wir fordern daher, dass es eine Altergrenze, ähnlich wie beim Anspruch auf den Kinderfreibetrag bzw.  
17 Kindergeld, geben muss. Diese soll auch wie beim Kindergeld 25 Jahre betragen (vgl §32 Abs. 4 Nr.2 ).  
18 Heißt: Egal, was die Kinder beruflich machen, das alleinerziehende Elternteil bekommt den vollen  
19 Entlastungsbetrag

1 Am 15. September 2008 brach mit der Insolvenzanmeldung der US-Investment-Bank Lehman Brothers  
2 eine globale Finanzkrise aus, die sich in Europa zur Wirtschafts- und später auch zur Staatsschulden-  
3 und Eurokrise ausweitete. Eine der Folgen der verschiedenen Krisen war, dass zum wiederholten Male  
4 Verluste sozialisiert und Gewinne privatisiert wurden. Dieses Vorgehen und diese Krisenkaskade wäre  
5 nicht möglich gewesen ohne vorherige jahrelange weltweite Deregulierung des Finanzsektors, in  
6 Deutschland unter anderem durch die frühere rot-grüne Bundesregierung.

7 Zentrale Aufgabe dieses Finanzsektors ist es, Unternehmen und Haushalte unter anderem mittels  
8 Transformationsleistungen durch Kreditvergabe mit Geld zu versorgen, deren Ersparnisse  
9 anzunehmen und weitere Finanzdienstleistungen in deren Sinne anzubieten. Zentrale Aufgabe des  
10 Finanzsektors ist **nicht**, auf die Pleite von Staaten und Unternehmen zu wetten, Intransparenz als  
11 Geschäftsmodell zu verwirklichen, wie die Hypo Real Estate mit harten Kernkapitalquoten von 0.08%  
12 zu arbeiten, Hochleistungscomputer für die Gewinnung von Sekundenbruchteilen bei  
13 Wertpapiertransaktionen aufzustellen oder durch unnötig komplexe Produkte, teilweise gepaart mit  
14 krimineller Energie, Kund\*innen und Regulierungs- sowie Steuerbehörden zu täuschen.

15 Um diese Fehlentwicklungen zu stoppen, zukünftigen Krisen entgegenzuwirken, Spekulationen zu  
16 verhindern, Verbraucher\*innen zu schützen und Finanzinstitute zu stabilisieren braucht es eine Reihe  
17 von Reformen des Finanzsektors. Im Zentrum müssen Maßnahmen stehen, die darauf abzielen,  
18 unverantwortlich riskantes Verhalten zu verhindern, zu erschweren oder zumindest die Beteiligten an  
19 entstehenden Kosten zu beteiligen und das Finanzsystem als ganzes widerstandsfähiger zu machen.

#### 20 **Weiterentwicklung von Basel III:**

- 21 • Strengere Eigenkapitalvorschriften
- 22     → Augenmerk auf Verschuldungsgrad sowie Liquidität
- 23 • TLAC als Instrument zur besseren Kapitalausstattung im Krisenfall
- 24 • Schwerpunkt nicht auf Krediten an Realwirtschaft, sondern auf komplexe und riskante  
25 Finanzprodukte
- 26     → Kreditvergabe an kleine und mittlere Unternehmen nicht weiter erschweren

27 Der sogenannte Basel-Prozess zur Regulierung von Banken wurde bereits 1988 angestoßen, war zu  
28 Beginn allerdings noch von Fehlentwicklungen und -einschätzungen geprägt. Beispielhaft sei hier nur  
29 die Einschätzung genannt, dass Staatsanleihen von Euro-Staaten so sicher sind, dass Banken hierfür  
30 kein Eigenkapital vorhalten müssen. Es braucht also eine Weiterentwicklung der Vorschriften, um eine  
31 weitere, langfristige Stabilisierung des Finanzsektors zu erreichen. Eine besondere Herausforderung ist  
32 hierbei, dass kleinere Institute und Unternehmen nicht unnötig durch überbordende Bürokratie oder  
33 schwierigere Kreditaufnahme benachteiligt werden. Umgekehrt sollen vor allem große Institute mit  
34 sehr großer Bilanz, vielen komplexen Produkten und intransparenten Risiken dazu gebracht werden,  
35 an diesen drei Punkten zu arbeiten.

36 Da es in einem herausfordernden Marktumfeld zwischen Digitalisierung, Niedrigzinsphase,  
37 Wettbewerb und Regulierungskosten schwierig sein kann, kurzfristig die notwendigen Mengen an  
38 Eigenkapital zu erwirtschaften, kann zusätzlich auf TLAC (Total Loss Absorbing Capacity)  
39 zurückgegriffen werden. Wir erkennen an, dass es durch die mögliche Umwandlung von Fremd- zu

40 Eigenkapital stabilisierende Wirkung haben kann, sehen die Möglichkeit zur Steuerersparnis durch  
41 Zinszahlungen, die im Gegensatz zu Eigenkapitalkosten wie Dividende steuerlich abzugsfähig sind. Ein  
42 weiteres Ziel dieser Maßnahmen müssen drastische Bilanzverkürzungen und Risikoabbau bei  
43 Finanzinstituten sein. Dies soll aber nicht durch Auslagerung in Tochterfirmen, wo Verluste  
44 gegebenenfalls später oder unauffälliger anfallen, aber nichtsdestotrotz ähnliche Risiken für die Bank  
45 bedeuten wie vorher. Strengere Vorschriften bezüglich der zulässigen Verschuldung im Hinblick auf  
46 die gesamte Bilanz (leverage ratio) können hier Anreize bieten, Bilanzen zu verschlanken.

47 Mit Basel III wurde mit der Strukturellen Liquiditätsquote (NSFR) eine Kennzahl eingeführt, die die  
48 Zahlungsfähigkeit von Finanzinstituten in den nächsten 12 Monaten misst. Eine der Erfahrungen der  
49 Finanzkrise war, dass kurzfristige Kreditaufnahme (zur Finanzierung langfristiger Geschäfte oder des  
50 laufenden Betriebs) in einer Phase von Misstrauen und Unsicherheit schwierig werden kann und so  
51 ernsthafte Liquiditätsprobleme hervorrufen kann. Die NSFR soll daher eine zentrale Rolle bei der  
52 zukünftigen Bewertung von Banken spielen.

### 53 **Schwarze Schwäne gibt es doch – Interne Risikomodelle der Banken auf den Prüfstand:**

- 54 • Risikomodelle der Banken kritisch hinterfragen und Anforderungen erhöhen
- 55 → Sehr seltene und unwahrscheinliche Ereignisse stärker berücksichtigen

56 Um beispielsweise Kredite oder Wertpapiere hinsichtlich ihres Risikogehalts einschätzen zu können,  
57 haben Regulierungsbehörden Risikomodelle entwickelt, den sogenannten Standardansatz. Alternativ  
58 können Finanzinstitute, zumeist die großen, die es sich leisten können, eigene Modelle entwickeln (IRB,  
59 also internal rating based), die das Ziel haben, Risiken kleinzurechnen und damit  
60 Eigenkapitalanforderungen zu verringern und so Geld zu sparen. Wie schlecht diese internen Ansätze  
61 funktionieren, ließ sich in der vergangenen Finanzkrise auf dramatische Art und Weise beobachten.  
62 Das Risiko des Eintritts vorher für unmöglich erachteter Ereignisse, sogenannter „Schwarzer Schwäne“,  
63 wie einen Tagesverlust des Schweizer Franken von über 15% im Jahr 2015 oder Ausfälle als sicher  
64 geltender Kreditportfolios, müssen dabei angemessen berücksichtigt werden. In Deutschland werden  
65 diese Risikomodelle von der BaFin geprüft und genehmigt – hier scheint eine strengere Maßgabe  
66 notwendig zu sein.

### 67 **Ratings made in Europe:**

- 68 • Förderung einer öffentlichen europäischen Ratingagentur
- 69 • Strukturelle Unterstützung durch Nutzung ihres Ratings für öffentliche Geldanlage
- 70 • Hinwirken auf Anerkennung durch die ESMA und EZB als eine der Agenturen zur Bewertung  
71 von Wertpapieren als Sicherheiten bei der Kreditvergabe an Banken

72 Zu den zentralen Herausforderungen einer europäischen Ratingagentur zählt die weitestgehende  
73 Etablierung der „Big three“ Moody's, Standard & Poor und Fitch, die über 90% des globalen Markts  
74 abdecken. Trotz ihrer offensichtlichen Fehlbarkeit, Interessenkonflikte und Falschbewertungen,  
75 die maßgeblich zum Entstehen der Immobilienblase in den USA und später zur Eskalation der  
76 Staatsschuldenkrise in Europa beigetragen haben, sind sie bis heute quasi alternativlos. Dem muss  
77 eine seriöse, verlässliche öffentliche europäische Ratingagentur entgegengestellt und gefördert  
78 werden. Wo die US-amerikanischen Agenturen Interessenkonflikte durch die Bezahlung durch die  
79 zu bewertenden Kunden haben, muss eine europäische mit einem transparenten Bezahlungs- und  
80 Bewertungssystem und einer Unabhängigkeit von europäischen Staaten und Institutionen  
81 punkten. So wird es möglich sein, dem Teufelskreis der sich selbst erfüllenden Prophezeiungen von  
82 immer schlechteren Ratings und Zahlungsschwierigkeiten zu entkommen.

83 Ein weiteres Alleinstellungsmerkmal kann eine Fokussierung auf ein Klima-Rating von  
84 Finanzanlagen sein, bei dem beispielsweise der ökologische Fußabdruck von bewerteten  
85 Unternehmen dargestellt wird und gezeigt wird, inwieweit diese Firmen auf eine Energiewende  
86 oder den Klimawandel vorbereitet sind. Dieses Rating könnte bei öffentlicher Geldanlage  
87 verpflichtend gemacht werden.

88 Ein weiterer entscheidender Punkt dabei ist, dass sowohl die Europäische Wertpapier- und  
89 Marktaufsichtsbehörde (ESMA) als zuständige Institution für die Zulassung von Ratingagenturen  
90 als auch die Europäische Zentralbank (EZB) als eine wichtige Nutzerin von Ratings im Rahmen ihrer  
91 Offenmarktpolitik bei der Kreditvergabe an Geschäftsbanken diesen Prozess begleiten.

## 92 **Demokratisierung der Eurozone:**

- 93 • Euro-Finanzminister\*in mit eigenem Budget und Kompetenzen
- 94 • Euro-Kammer im EU-Parlament

95 Stärkere europäische Kontrolle von Finanzmärkten und -instituten lassen sich besser verwirklichen,  
96 wenn sie institutionell „hinterlegt“ sind. Es ist an der Zeit, den Geburtsfehler des Euro zu beheben:  
97 Eine gemeinsame Währung kann ohne gemeinsame Wirtschafts- und Finanzpolitik nicht funktionieren.  
98 Die hier geforderte Kompetenzverlagerung in die Eurozone muss, wenn sie demokratisch legitimiert  
99 sein will, durch demokratische Institutionen geschehen. Deshalb plädieren wir für die Schaffung einer  
100 Euro-Finanzminister\*in, die die gemeinsame Politik koordiniert, und einer Euro-Kammer im EU-  
101 Parlament - möglicherweise als Unterausschuss des ECON-Ausschusses -, die diese Finanzminister\*in  
102 demokratisch kontrolliert. Eine Euro-Kammer hat gegenüber einem eigenen Euro-Parlament den  
103 Vorteil, dass die Abgrenzung zwischen Eurozone und Europäischer Union weniger stark ausfällt und so  
104 die Integration von Nicht-Euroländern leichter fällt. Zusätzlich sollten auch Vertreter\*innen der  
105 nationalen Parlamente Teil der Euro-Kammer sein.

## 106 **Koalitionsvertrag umsetzen – Finanztransaktionssteuer endlich einführen:**

- 107 • Käufe von Aktien und Anleihen mit mindestens 0,25% und Käufe von Währungen, Derivate o.  
108 ä. mit mindestens 0,025% besteuern
- 109 • Auf alle börslichen und nichtbörslichen Käufe in teilnehmenden Staaten
- 110 • Im Idealfall weltweit, ansonsten EU-weit, ansonsten national

111 Auf jeder Rechnung im Supermarkt wird penibel genau die zu zahlende Umsatzsteuer aufgeführt –  
112 beim Kauf von Wertpapieren fehlt eine solche Abgabe aber völlig. Eine Finanztransaktionssteuer hat  
113 das Potenzial, Spekulationen, die auf geringsten Preisunterschieden von Wertpapieren beruhen, aber  
114 keinerlei realwirtschaftlichen Bezug haben, unrentabel zu machen. Diese ständigen Käufe und  
115 Verkäufe innerhalb von Sekundenbruchteilen, machen den Wertpapierhandel zwar einerseits  
116 teilweise einfacher, da beispielsweise beim Kauf oder Verkauf von Aktien nicht lange auf eine andere  
117 Partei gewartet werden muss. Andererseits wiegt dieser Vorteil zunehmende Instabilitäten sowie  
118 immer intransparenter werdende Finanzmärkte und -transaktionen nicht wieder auf. Diese Steuer  
119 macht Hochfrequenzhandel und kurzfristige Spekulationen bei geringen Preisunterschieden, wie sie  
120 insbesondere bei Währungsgeschäften oder Transaktionen unattraktiver und schafft so weniger  
121 Geschäfte auf den Finanzmärkten und kann je nach Ausgestaltung EU-weit für einen dreistelligen  
122 Milliardenbetrag an Steuereinnahmen sorgen.

## 123 **Hochfrequenzhandel wirksam unterbinden:**

- 124 • Umfassende Finanztransaktionssteuer einführen
- 125 • Mindesthaltedauer für Finanzprodukte

- 126 • Verbot der Ausnutzung von Informationsvorsprüngen über bevorstehende Käufe und  
127 Verkäufe innerhalb der Handelssysteme

128 Hinter dem technischen Begriff „Hochfrequenzhandel“ verbirgt sich der automatisierte Kauf und  
129 Verkauf von Wertpapieren innerhalb von Millisekunden, um kleinste Preisdifferenzen an  
130 verschiedenen Börsen (Arbitrage) oder Informationsvorteile über bevorstehende Transaktionen  
131 anderer Marktteilnehmer\*innen auszunutzen. Dieser setzt enorme Kapazitäten an Rechenleistungen  
132 und komplexe Handelsalgorithmen sowie teilweise schlicht und einfach eine räumliche Nähe vom  
133 Rechenzentrum zur Börse voraus, sodass er längst nicht für Alle Marktteilnehmer\*innen verfügbar ist,  
134 sondern insbesondere für diejenigen, die sich diese Kapazitäten leisten können. Während  
135 Befürworter\*innen argumentieren, so ließen sich die Liquidität an der Börse erhöhen und Gebühren  
136 sowie Preisdifferenzen gesenkt werden, stehen demgegenüber intransparente und unfaire  
137 Transaktionen, die darüber hinaus keinen Bezug zu realen Investitionen haben.

138 Die Ausnutzung der kleinsten Preisdifferenzen kann dabei durch die beschriebene  
139 Finanztransaktionssteuer unattraktiv gemacht werden, hierfür reicht bereits ein geringer Steuersatz.  
140 Eine Mindesthaltedauer schiebt dem sekundenschnellen Besitzer\*innenwechsel von Wertpapieren  
141 zusätzlich wirksam einen Riegel vor.

#### 142 **Weniger Brandbeschleuniger - Eindämmung von komplexen Finanzprodukten:**

- 143 • Mehrfachen Wiederverkauf von verbrieften Krediten erschweren  
144 → Selbstbehalt auf 25%-33% je Verkäufer erhöhen
- 145 • Kreditausfallversicherungen nur für Gläubiger\*innen
- 146 • Lebensmittelspekulationen verbieten, aber Warentermingeschäfte erhalten

147 Banken behalten vergebene Kredite häufig nicht in ihrer eigenen Bilanz, sondern treten die aus dem  
148 Kreditvertrag entstehenden Tilgungs- und Zinszahlungen an Investor\*innen ab, die die Banken dafür  
149 mit einer Art Prämie dafür entschädigen. Was zunächst für Liquidität bei der Bank sorgt, hat den  
150 Nebeneffekt, dass sie nun auch kaum Interesse an einer geordneten Rückzahlung des Kredits hat – die  
151 Versuchung, riskante Kredite zu vergeben steigt also. Wenn viele solcher Kredite gebündelt und  
152 mehrfach weiterverkauft werden, besteht trotz oder teilweise auch gerade wegen Ratings Unklarheit  
153 über die tatsächlichen Risiken dieses Pakets von asset backed securities (ABS). Wenn Banken diese  
154 Kredite nicht mehr vollständig weitergeben können, sondern nur teilweise, bleiben sie am Risiko ihrer  
155 vergeben Kredite beteiligt. Gleichzeitig verkürzt sich durch einen solchen Selbstbehalt auch die Liste  
156 an möglichen Käufen und Verkäufen. Aktuelle Regelungen, die einen Selbstbehalt von 5-10%  
157 vorschreiben gehen nicht weit genug und begrenzen auch nicht den vielfachen Wiederverkauf der  
158 Kreditportfolios.

159 Um sich gegen Kreditausfälle abzusichern, ist es möglich, Versicherungen für diesen Fall abzuschließen.  
160 Absurderweise lassen sich diese credit default swaps (CDS) auch vereinbaren, ohne dass man  
161 tatsächlich einen Kredit an ein Unternehmen oder einen Staat vergeben hat, was effektiv heißt, dass  
162 von der Zahlungsunfähigkeit von Schuldner\*innen profitiert und damit quasi auf diese Illiquidität  
163 gewettet wird. Massiv passiert ist dies insbesondere während der Euro-Krise bei Anleihen  
164 südeuropäischer Staaten. Wer sich so unverantwortlich zeigt und ohne direktes eigenes Interesse an  
165 der Zahlungsfähigkeit Anderer von wirtschaftlichen Notlagen profitieren will, dem soll durch eine  
166 Beschränkung der CDS auf Gläubiger\*innen die Geschäftsgrundlage entzogen werden.

167 Wenn Lebensmittelproduzent\*innen sich gegen schwankende Preise absichern wollen, können sie  
168 dies über Warentermingeschäfte oder Futures machen, bei denen sie bereits im Vorhinein einen Preis  
169 festlegen, der bei einem zukünftigen Handel gezahlt wird (und dementsprechend auch vom dann

170 aktuellen Marktpreis positiv oder negativ abweichen kann). So weit, so gut – wenn diese (handelbaren)  
171 Kontrakte aber zum Spekulationsobjekt werden, werden es die zugrundeliegenden Lebensmittel gleich  
172 mit. Das kann zu enormen Preisschwankungen bei Grundnahrungsmitteln führen – mit verheerenden  
173 Folgen für Landwirt\*innen auf der einen, aber insbesondere für Konsument\*innen, für die bezahlbare  
174 Lebensmittel überlebenswichtig sind, auf der anderen Seite. Deshalb braucht es endlich einen  
175 wirksamen Schutz der Lebensmittelmärkte vor Spekulationen ohne den Marktteilnehmer\*innen die  
176 Möglichkeit zu verwehren, sich wie bisher abzusichern.

177 Die beschriebenen Produkte und viele weitere mehr tragen insgesamt zur Instabilität des  
178 Finanzsystems bei und sorgen für Intransparenz, mehr Risiken und erhöhte Krisenanfälligkeit. Banken  
179 und Finanzdienstleister\*innen sollten sich daher besser auf die Kreditvergabe an die und das  
180 Einlagengeschäft mit der Realwirtschaft konzentrieren. Auch eine Finanztransaktionssteuer würde an  
181 dieser Stelle weiterhelfen, da sie viele der erwähnten Produkte schlagartig unattraktiver oder sogar  
182 unrentabel machen würde.

### 183 **Lehren aus Cum Ex & Cum Cum:**

184 • vollkommene Aufklärung von Täter\*innen, Unterstützer\*innen und Mitwisser\*innen und  
185 Gründe, weshalb trotz Hinweisen jahrzehntelang nichts unternommen wurde

186 • bessere personelle und finanzielle Ausstattung von Steuerbehörden

187 • Einrichtung oder Ausbau eines Frühwarnsystems zur Erkennung von steuerlichen  
188 Auffälligkeiten

189 • Ausbau der Kommunikation zwischen den nationalen Steuerbehörden

190 • Whistle-Blower\*innen ernstnehmen, ihren Hinweisen nachgehen und schützen

191 Wenn Steuervermeidung und Steuerhinterziehung nicht mehr reichen, wird Steuerraub betrieben – so  
192 erschreckend einfach lässt sich das Grundprinzip von Cum Ex, Cum Cum und Cum Fake umreißen.  
193 Dabei wurden europaweit schätzungsweise 50 Milliarden Euro aus den Staatskassen durch vorgebliche  
194 Steuererstattungen erbeutet. Neben einiger Skrupellosigkeit ist dieser beispiellose Raubzug auch  
195 durch schlechte Kommunikation zwischen den verschiedenen nationalen Steuerbehörden,  
196 Lobbyismus, der bis hin zum Vorschreiben von Gesetzestexten reichte, mangelndes Interesse bei der  
197 Aufklärung, schlechte personelle Ausstattung der Steuerfahnder\*innen und ein nicht vorhandenes  
198 Frühwarnsystem zu erklären.

199 Erschwerend kommt hinzu: Auf der anderen Seite werden diejenigen, die überhaupt zum Aufdecken  
200 dieses Skandals beigetragen haben, kriminalisiert: So wurde der deutsche Journalist Oliver Schröm,  
201 Chefredakteur von Correctiv, wegen der Anstiftung zum Geheimnisverrat angeklagt. Unsere Solidarität  
202 gilt denjenigen, die dazu beigetragen haben, dass wir überhaupt von diesen Skandalen wissen!

### 203 **Facebook weiß schon mehr als genug – Libra verhindern:**

204 • Keine Zulassung der von Facebook angekündigten Digitalwährung „Libra“

205 • Globale Absprachen notwendig

206 Die Libra Association spricht über Libra als „eine stabile globale Kryptowährung, die auf einem sicheren  
207 Netzwerk basiert“ und Facebook als Initiator verspricht, die Privatsphäre von Nutzer\*innen zu  
208 respektieren und die Transaktionen über eine Tochterfirma („Calibra“) abzuwickeln. Erfahrungen aus  
209 der Übernahme von Whatsapp zeigen allerdings, wie viel von solchen Zusagen zu halten ist. Während  
210 Facebook über seine sozialen Netzwerke und weit darüber hinaus bereits Unmengen an Daten von  
211 über 2 Milliarden Menschen gesammelt und ausgewertet hat, blieb der äußerst sensible Bereich von

212 privaten Zahlungen bisher außerhalb der Reichweite des Konzerns. Das soll nun geändert werden und  
213 ist Anlass zur Sorge, dass bereits bestehende angelegte Profile von Nutzer\*innen um beispielsweise  
214 Einkaufsaktivitäten oder Zahlungsschwierigkeiten erweitert werden könnten. Darüber hinaus wurde  
215 zwar eine Hinterlegung mit einem Währungskorb aus Leitwährungen zur Stabilisierung des Werts der  
216 Libra angekündigt – eine hundertprozentige Sicherheit, ihr „echtes“ Geld zurückzuerhalten, bietet  
217 diese aber für Kund\*innen nicht. Um diese Einführung zu verhindern ist es entscheidend, dass Staaten  
218 und Zentralbanken international gemeinsam daran arbeiten, Libra noch zu verhindern.

#### 219 **Schattenbanken aus der Grauzone der Regulierung herausholen und kontrollieren:**

- 220 • Umgehung der Banken-Regulierung durch Auslagerung an Zweckgesellschaften,  
221 Geldmarktfonds usw. verhindern

222 → Ähnliche Regeln für ähnliche Unternehmen & Geschäfte

223 Risiken die nicht in den Bilanzen von Banken stehen, fallen auch nur schwerlich bei Stresstests oder  
224 anderen Kontrollen auf. Dabei kann es gut sein, dass in Zweckgesellschaften, die vom Finanzinstitut  
225 gegründet und kontrolliert werden und für die dieses im Verlustfall auch haftbar ist, ihre  
226 Muttergesellschaft ins Wanken bringen. Für diese Tochterfirmen, die vor allem den Zweck haben,  
227 riskante Geschäfte oder Positionen nicht direkt mit der Eigentümerin in Verbindung zu bringen,  
228 besteht in vielen Bereichen deutlicher Nachholbedarf, was die Regulierung angeht.

#### 229 **Finanzberatungen kontrollieren und reformieren:**

- 230 • Ausbildungsstandards bei kleineren Finanzberatungen erhöhen

- 231 • Neue Bezahlmodelle für Finanzberatung statt Provision pur

232 Beim Abschluss von Versicherungen, Geldanlagen oder Kreditverträgen bei privaten  
233 Finanzberater\*innen spielen Provisionen eine große Rolle. Dass es dabei zu einem Interessenkonflikt  
234 zwischen den Bedürfnissen von Kund\*innen nach günstigen oder sicheren Produkten und denen ihrer  
235 Berater\*innen nach solchen, die eine hohe Provision nach sich ziehen, liegt auf der Hand. Wir  
236 befürworten daher andere Modelle wie die Bezahlung nach Zeit wie sie beispielsweise bei  
237 Anwäl\*innen üblich ist oder eine Verteilung der Provisionszahlungen auf mehrere Jahre. Letzteres  
238 hätte den Effekt, dass erste Zahlungen auf einen Versicherungsvertrag nicht nur die Provision decken,  
239 sondern direkt das Sparguthaben erhöhen, was bei einer frühzeitigen Kündigung sehr wichtig sein  
240 kann. Außerdem würde so das Interesse an einer langfristigen und funktionierenden  
241 Geschäftsbeziehung zu den Kund\*innen gestärkt.

242 Vorher kommt es aber zuallererst darauf an, wie beraten wird. Hier braucht es gerade im Bereich von  
243 Strukturvertrieben wie teci höhere Ausbildungsstandards, um Kund\*innen aber auch möglicherweise  
244 leichtgläubige, gerade angefangene Mitarbeiter\*innen zu schützen. Berufsschulen spielen hierbei eine  
245 wichtige Rolle, aber gerade auch die Ausbilder\*innen und die gelebte Unternehmenskultur vor Ort.

#### 246 **Großbankfusionen – Nein danke!**

- 247 • Grundsätzliche Ablehnung der Fusion von Großbanken

248 „Too big to fail“ war eines der Todschlagnargumente, mit denen während der Finanzkrise  
249 Finanzinstitute alternativlos mit Steuergeldern gerettet werden mussten. Eine Lehre daraus muss also  
250 sein, diese Institute nicht wieder so groß werden zu lassen, dass eine mögliche Schiefelage durch ihre  
251 schiere Größe und Verzahnung innerhalb des Wirtschaftssystems letzteres insgesamt in Gefahr bringt.

252 Die Fusionen bzw. Übernahmen der Dresdner Bank durch die Commerzbank und die der Postbank  
253 durch die Deutsche Bank zeigen, wie schwierig, teuer, riskant, ineffizient, schlecht geplant,

254 amateurhaft durchgeführt, naiv, intransparent und wenig zielführend solche Transaktionen sind. In  
255 ersterem Fall wurden unüberschaubare Risiken in die Bilanz der Commerzbank eingekauft, die später  
256 maßgeblich zur Notwendigkeit von staatlichen Rettungsmaßnahmen führten. In letzterem Fall  
257 gestaltete und gestaltet sich die Integration der Postbank in den Deutsch Bank-Konzern nach wie vor  
258 als so schwierig, dass zwischenzeitlich ein Wiederverkauf stattfinden sollte, der mangels Interessenten  
259 wieder abgeblasen wurde. Auch die Planspiele um eine Fusion der beiden wankenden Riesen Deutsche  
260 Bank und Commerzbank im Frühjahr 2019, maßgeblich befeuert durch Finanzminister Olaf Scholz,  
261 haben gezeigt, wie widersinnig ein solches Vorhaben ist.

## 262 **Regulierung gibt's nicht für lau! Behörden handlungsfähig machen:**

- 263 • Massive Investitionen in Personal, Ausstattung, Fortbildung
- 264 • Nationale und internationale Vernetzung ausbauen
- 265 • Lobbyismus eindämmen und Transparenz schaffen

266 Bei allen diesen Vorschlägen muss es, um sie umsetzbar zu machen, zunächst grundsätzlich um eine  
267 bessere Ausstattung von Steuer-, Kontroll- und Regulierungsbehörden gehen. Beispielhaft seien hier  
268 der deutsche Ausschuss für Finanzstabilität (AFS), die deutsche Bundesanstalt für  
269 Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) und das Europäische Finanzaufsichtssystem (ESFS) genannt.

270 Das Hase-und-Igel-Spiel zwischen Banken, die immer neue Lücken im Regulierungsdickicht finden und  
271 immer komplexere Finanzprodukte erfinden und staatlichen Institutionen auf der anderen Seite muss  
272 ein Ende haben. Dafür braucht es entschlossene (finanzielle) Investitionen in Know-How und  
273 personelle sowie technische Ausstattung. Auch der Austausch von Informationen und die  
274 Zusammenarbeit über Grenzen von Bundesländern und Staaten hinweg ist mitentscheidend für die  
275 Lösung der globalen Probleme des Finanzsektors.

276 Darüber hinaus ist kaum jemandem geholfen, wenn neue Regulierung und Gesetze so komplex  
277 geschrieben sind, dass sie für kleinere Banken zum ernsthaften und teuren Hindernis wird, große  
278 Institute aber darin immer neue Lücken finden. Besser und hilfreicher sind hier einfachere, aber  
279 strengere Regeln, die kleinere und ungefährlichere Institute nicht unnötig belasten und großen  
280 Marktteilnehmer\*innen keine Schlupflöcher bieten.

281 Bei der Durchsetzung von mehr Regulierung des Finanzsektors sehen sich Abgeordnete und  
282 Regierungen in Berlin, Brüssel und anderswo regelmäßig Lobbyist\*innen gegenüber, die versuchen,  
283 die Gesetzgebung nach ihren Interessen zu beeinflussen. Im Extremfall führt das dazu, dass  
284 Gesetzestexte Wort für Wort aus Empfehlungen von Lobbyverbänden stammen. Mehr Transparenz  
285 hinsichtlich Kontakten von Abgeordneten und Lobbyist\*innen, ein Lobbyregister und eine  
286 Unterstützung von NGO's wie Finanzwende e. V. können dazu beitragen, dieses Ungleichgewicht zu  
287 verkleinern.

288 Im Idealfall würden die vorgeschlagenen Regulierungen weltweit gelten, um ein Ausweichen von  
289 Finanzinstituten in schlechter regulierte Regionen zu verhindern, nichtsdestotrotz wäre auch ein EU-  
290 weiter Geltungsbereich bereits ein großer Schritt für mehr Stabilität des Finanzsektors. Deutschland  
291 sollte hierbei vorangehen und deutlich machen, wie wichtig eine umfassendere und effektivere  
292 Regulierung der Finanzmärkte ist.

**K1****Dirty Old Town – Ein Herz für die Provinz**

AntragsstellerIn: Regionalvorstand

1 2020 werden die Kommunalparlamente neu gewählt. Wir Jusos wissen, wie wichtig die kommunale  
2 Ebene ist. Nirgendwo treffen die Entscheidungen so direkt auf die Menschen wie in den Kommunen.  
3 Wir wollen im nächsten Jahr nicht nur viele junge Menschen in die kommunalen Parlamente in  
4 Ostwestfalen-Lippe bringen, wir wollen für die Wahl auch die Themen setzen, die vor allem die jungen  
5 Menschen bewegen.

6 Wenn in der Kommunalpolitik von Generationen die Rede ist, geht es meist nur um Kinder und  
7 Senior\*innen. Junge Erwachsene werden oft schlichtweg übersehen. Wir wollen die Stimme sein, die  
8 die Interessen dieser Generation in den Kommunen vertritt.

**9 Niemand braucht Berlin – rette erstmal deine Stadt!**

10 Ob Schienentrassen, Netzausbau, ÖPNV, Kulturangebot oder medizinische Infrastruktur – viele  
11 Menschen in Ostwestfalen-Lippe haben den Eindruck, ein zukunftsfähiges Angebot wird nur für einige  
12 wenige Ballungszentren geschaffen und der nicht ganz so dicht besiedelte Raum bleibt außen vor.

13 Das betrifft vor allem junge Menschen, die Entscheidungen über ihre Zukunft zu treffen haben. Für  
14 viele wirkt der Gang in die Großstädte verlockend, andere wollen oder können nicht weg gehen, weil  
15 sie bei ihrer Familie bleiben wollen, Verpflichtungen haben oder sich eine Ausbildung in einer teuren  
16 Großstadt schlichtweg nicht leisten können.

17 Wir wollen gleichwertige Lebensverhältnisse schaffen. Wir wollen, dass auch in den weniger dicht  
18 besiedelten Räumen Perspektiven und eine hohe Lebensqualität für junge Menschen geboten werden.

**19 Eine gute Infrastruktur heißt eine starke öffentliche Hand – gerade vor Ort**

20 Dafür setzen wir auf eine gute kommunale Infrastruktur. Der Versuch, Aufgaben der öffentlichen  
21 Daseinsvorsorge zu privatisieren und Sparkurse als Hauptthema kommunaler Politik zu setzen, ist  
22 krachend gescheitert.

23 Eine zukunftsfähige Infrastruktur gibt es nur, wenn in den Kommunen investiert wird. Wir wollen uns  
24 nicht beteiligen an den verbreiteten Wettkämpfen der vergangenen Jahre darum, welche Partei die  
25 beste Sparkommissarin abgibt. Wir Jusos wollen dagegen die SPD zu der Partei machen, die am  
26 meisten in eine zukunftsfähige und lebenswerte Kommune investiert.

27 In den weniger dicht besiedelten Räumen heißt eine gute Infrastruktur für junge Menschen vor allem:

28 • **Mobilität.** Wer außerhalb von großen Ballungsräumen auf öffentliche Verkehrsmittel  
29 angewiesen ist, guckt oft in die Röhre. Das wollen wir ändern. Ausbau von Buslinien, die  
30 Entwicklung kommunaler ÖPNV-Apps als Weiterentwicklung von Anruf-Sammel-Taxis, der  
31 Ausbau von öffentlichen Car-Sharing-Projekten, ticketloser ÖPNV und eine Prüfung, ob  
32 stillgelegte Schienennetze wieder reaktiviert werden können, sind konkrete Ansätze.

33 • **Digitale Infrastruktur.** Wenn du mal wieder keinen Handy-Empfang hast oder wenn die Netflix-  
34 Serie schon wieder hängt, dann bist du wohl gerade im Dorf. Wir wollen einen Netzausbau,  
35 der sich stärker nach der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse als nach Kriterien der  
36 Wirtschaftlichkeit richtet.

37 • **Bildung.** Die Schul-Toilette unbenutzbar? Knapp unter der notwendigen Kilometeranzahl, ab  
38 der ein Busticket zur Schule erstattet wird? Die Berufsschule mehr als eine Stunde Fahrt  
39 entfernt? In der Schule nur Kreidetafeln statt digitaler Medien? Dagegen wollen wir etwas tun.  
40 Gute Bildung und eine gute Ausbildung sind wichtige Voraussetzungen für eine lebenswerte  
41 Kommune.

## 42 **Gebt den jungen Menschen den öffentlichen Raum!**

43 Gerade junge Menschen wollen öffentliche Räume, die sie selbst gestalten können. Davon gibt es  
44 gerade in kleineren Städten viel zu wenig. Öffentliche Grillplätze, Skatanlagen, legale Graffiti-  
45 Sprühwände und so weiter sind Möglichkeiten, jungen Menschen mehr Raum zu geben.

46 Einhergehen muss das mit einer Jugend-Kulturpolitik, die vor Ort Raum gerade auch für  
47 subkulturelle Angebote schafft.

# K2

## (Wieder) Mehr Demokratie wagen – integrierte Stichwahl für Bürgermeister\*innen und Landräte einführen

AntragsstellerIn: Kreisverband Paderborn

1 Mit der Abschaffung der Stichwahl für Bürgermeister und Landräte haben die Regierungsfractionen  
2 von CDU und FDP im April 2019 der kommunalen Demokratie einen Bärendienst erwiesen. Die CDU  
3 haben dabei ihren Juniorpartner vor ihren machtpolitischen Karren gespannt, um bei der  
4 Kommunalwahl 2020 Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, Landrätinnen und Landräte aus ihren  
5 Ämtern zu vertreiben, die sie 2014 bzw. 2015 mit absoluter Mehrheit der Wählerstimmen errungen  
6 haben.

7 Der entschlossene Widerstand der sozialdemokratisch angeführten Opposition und die Beteiligung am  
8 Bündnis „Stichwahl bleibt!“ von „Mehr Demokratie e.V.“ waren notwendige Schritte, die der  
9 demokratiepolitischen Dimension dieses unverantwortlichen Handelns gerecht wurden. Die  
10 angekündigte Klage der SPD-Landtagsfraktion vor dem Verfassungsgerichtshof in Münster gegen diese  
11 schwarz-gelbe *Weniger-Demokratie-Reform* ist die richtige Konsequenz.

12 Es genügt jedoch nicht, die Verschlechterung des Status Quo zu beklagen und eine einfache  
13 Rückabwicklung der Reform zu fordern. Das erste Argument der Stichwahl-Abschaffer ist schwach, die  
14 kaum erwähnenswerten Mehrkosten für einen zweiten Wahlgang allein können diese Reform nicht  
15 rechtfertigen. Am zweiten Argument dagegen kranken beide Modelle: Die schwache demokratische  
16 Legitimation.

17 Ohne Stichwahl gehen viele Menschen wählen, jedoch ziehen unter Umständen Kandidierende mit  
18 bloß einem Viertel der Stimmen in die Amtsstuben ein. Mit einem zweiten Wahlgang ist die absolute  
19 Mehrheit geschützt, jedoch stimmen die Menschen seit Jahren mit den Füßen ab und bleiben in  
20 Scharen zu Hause. Diese doppelte Schwäche ist offensichtlich, und kann auch nicht durch Austausch  
21 von jeweils zur eigenen Argumentation passenden Zahlenbeispielen übertüncht werden.

22 Ein Modell, das diese doppelte Schwäche des Wahlrechts löst, ist die integrierte Stichwahl. In einem  
23 einzigen Wahlgang wählen die Wählerinnen und Wähler nicht nur ihre erste Wahl für Rat- und  
24 Kreishaus, sondern nummerieren alle Kandidatinnen und Kandidaten auf dem Stimmzettel durch. Es  
25 werden – wie in einem ersten Wahlgang – zunächst nur die erste Stimme ausgezählt. Erreicht dabei  
26 niemand eine absolute Mehrheit, werden nach und nach die schwächsten Kandidaturen aussortiert  
27 und ihre Stimmzettel gemäß dem Wählerwillen weiterverteilt, bis ein Kandidat oder eine Kandidatin  
28 die Hälfte aller Wählerstimmen erreicht. Erreichen etwa bei drei Kandidierenden Kandidatin A und  
29 Kandidat B jeweils etwa 40 Prozent und Kandidat C etwa 20 Prozent, scheidet letzterer aus und seine  
30 Stimmzettel werden nach der zweiten Präferenz auf die beiden Verbliebenen verteilt.

31 Der einzige Nachteil dieses Verfahrens ein gewisser Mehraufwand beim Auszählen. Dem ist zum einen  
32 entgegenzuhalten, dass dieser in keinem Verhältnis zur Belebung des demokratischen Wettstreits in  
33 den Kommunen steht. Zum anderen ließe sich auch bei diesem Aspekt durch elektronische Erfassung  
34 alle Stimmzettel zum Zweck der Auszählung Abhilfe schaffen. Das bedeutet, dass der Wahlvorstand  
35 die Stimmzettel händisch etwa in eine Excel-Tabelle überträgt, wahlweise mithilfe eines geeigneten  
36 Programms. Ein zeitaufwendiger Auszählungsprozess mit mehreren Auszählungsrunden lässt sich so  
37 vermeiden, die erfassten Stimmzettel können beim Wahlleiter mittels geeigneter Software ausgezählt  
38 werden. Der Prozess ist sicher gegen Manipulation, mehr noch trägt er zu mehr Transparenz bei, da  
39 einfach nachgeprüft werden kann, ob der Wahlvorstand die Stimmen korrekt erfasst hat. Das

40 Wahlgeheimnis bleibt hierbei vollständig gewahrt, da die Stimmzettel den Wählerinnen und Wählern  
41 nicht zugeordnet werden können.

42 Die integrierte Stichwahl wird erfolgreich etwa bei der Präsidentschaftswahl in Irland oder bei der  
43 Wahl der Senatoren im US-Bundesstaat Maine eingesetzt. Der Verein „Mehr Demokratie e.V.“ spricht  
44 sich für dieses Verfahren ebenso aus wie seit 2015 auch die SGK Niedersachsen. Sie schafft mit hoher  
45 Wahlbeteiligung und einer garantierten absoluten Mehrheit eine doppelt starke demokratische  
46 Legitimation. Die SPD-Landtagsfraktion ist aufgefordert, auf eine entsprechende Änderung des  
47 Kommunalwahlgesetzes hinzuwirken.

# N1

## Public Money, Public Code - was alle bezahlen, soll auch allen gehören

AntragstellerIn: Kreisverband Paderborn

1 Wir fordern, dass rechtliche Grundlagen geschaffen werden, die es erfordern, dass mit öffentlichem  
2 Geld entwickelte oder bezahlte Software unter einer Freie-Software- und Open-Source-Lizenz gestellt  
3 werden. Von allen bezahlter Code sollte für alle verfügbar sein!

### 4 **Begründung**

5 Jedes Jahr geben öffentliche Verwaltungen Millionenbeträge für die Entwicklung und den Einsatz von  
6 Software aus. Die digitalen Dienste stellen eine kritische Infrastruktur für den Staat dar. Ohne Software  
7 können die meisten Verwaltungsprozesse und Partizipationsmöglichkeiten nicht mehr bereitgestellt  
8 werden.

9 Umso problematischer ist es, dass diese kritische Infrastruktur in den allermeisten Fällen von Software  
10 abgebildet wird, welche unter einer restriktiven Lizenz stehen. Diese untersagt die Weitergabe oder  
11 den Austausch der Software und ermöglicht es nicht, dass die Verwaltungen diese nach ihren  
12 Bedürfnissen anpassen können.

13 Ebenso stellt dies eine Bedrohung der Sicherheit der digitalen Infrastruktur dar, da der Zugriff auf den  
14 zugrundeliegenden Quellcode nicht oder nur sehr eingeschränkt möglich ist. So kann dieser nicht auf  
15 Sicherheitslücken oder Schwachstellen überprüft werden. Auch ist ein selbstständiges Beheben von  
16 Sicherheitslöchern oder Hintertüren nicht möglich.

17 Hinzu kommt, dass der Einsatz von proprietärer Software bestehende Monopole fördert oder auch  
18 schafft, da der Wettbewerb unter den Unternehmen stark eingeschränkt ist. Dies führt dazu, dass die  
19 Verwaltungen von einer kleinen Anzahl von Unternehmen abhängig ist.

20 Wir fordern deshalb, dass die rechtlichen Grundlagen geschaffen werden, dass durch öffentliches Geld  
21 gekaufte oder entwickelte Software unter eine Freie-Software- und Open-Source-Lizenz<sup>1</sup> gestellt  
22 werden.

23 Dies hat konkret folgende Vorteile:

24 1. Da ähnliche Programme nicht komplett neu entwickelt werden müssen können Steuern gespart  
25 werden. Anpassungen sind somit auch leichter möglich, da der Programmcode öffentlich  
26 eingesehen und verstanden werden kann. Die Verwaltungen werden somit befähigt Anpassungen  
27 selbst durchzuführen.

28 2. Open-Source-Software fördert die Zusammenarbeit, da alle den Code einsehen können. So  
29 können Kosten zwischen den Verwaltungen geteilt werden. Auch können Expertisen aus  
30 verschiedenen Bereichen eingesetzt und ebenfalls geteilt werden.

31 3. Durch transparente Prozesse und Entwicklungen werden Innovationen gefördert, da das Rad nicht  
32 dauernd neu erfunden werden muss. So kann auf der Entwicklung anderer aufgebaut werden und  
33 andere können von den eigenen Entwicklungen profitieren.

34 4. Da der Quellcode der Software öffentlich ist können Schwachstellen und Sicherheitslücken leichter  
35 gefunden und geschlossen werden. Öffentliche Audits des Code sind so erst überhaupt möglich.

36 5. Durch den Verzicht auf restriktive Lizenzen wird der Wettbewerb gefördert, da somit kein Konzern  
37 auf seinem Code "sitzt" und alleine durch sein Monopol Gewinne erwirtschaftet.

---

<sup>1</sup> <https://fsfe.org/freesoftware/basics/summary.html>

38 6. Der Einsatz von Open-Source-Software führt dazu, dass Verwaltungen nicht mehr an einen  
39 Dienstleister gebunden sind und somit freier unter diesen wählen können.

40 Hinzu kommt ein zutiefst sozialdemokratisches Prinzip: was von allen bezahlt wird soll auch allen  
41 gehören und zur Verfügung stehen! Öffentliches Geld wird somit nicht dafür eingesetzt, das  
42 bestehende Monopole verfestigt werden.

43 Open-Source-Software ist ein modernes, öffentliches Gut, dass es jedem erlaubt die Anwendungen,  
44 die täglich benutzt werden, frei einzusetzen, zu verstehen und zu teilen. Diese Vorteile sollen auch den  
45 öffentlichen Verwaltungen, welche einen essentiellen Teil der demokratischen Infrastruktur  
46 bereitstellen, zu Gute kommen.

# 01

## **Feminismus - mehr als nur einer unserer Grundwerte: Strategien für mehr aktive Frauen bei den Jusos OWL**

AntragsstellerIn: Regionalvorstand

1 Feminismus bedeutet, sich für die Gleichstellung aller Menschen unabhängig vom Geschlecht  
2 einzusetzen und gegen Diskriminierung und Sexismus vorzugehen. Wir Jusos bezeichnen uns unstreitig  
3 als Feminist\*innen. Wir verlangen unter anderem gleiche Löhne, gleiche Rechte, gleiche Chancen.

4 Trotzdem können wir bereits in unserem eigenen politischen Alltag ein starkes Ungleichgewicht  
5 erkennen. Ortsvereine und Fraktionen haben mehr männliche als weibliche Mitglieder,  
6 Veranstaltungen werden regelmäßig von mehr Männern als Frauen besucht, Podien und  
7 Vorstandsposten sind öfter männlich als weiblich besetzt. Wenn die Zukunft der SPD jünger und  
8 weiblicher werden soll, sind Jusos dabei in doppelter Hinsicht in besonderer Verantwortung. Wir  
9 wissen um die patriarchalen Strukturen unserer Gesellschaft und Wirtschaft, unserer Mutterpartei,  
10 aber auch unseres eigenen Verbands. Von Männern dominierte Vorstände, Veranstaltungen,  
11 Antragsdebatten, Diskussionen, Klüngelrunden und Entscheidungen machen auch vor  
12 jungsozialistischer Politik nicht halt. Wir fassen uns dabei an die eigene Nase. Unser Ziel ist, dass sich  
13 der Grundwert Feminismus in unserer Arbeit, unseren Mitgliedern und unseren Forderungen  
14 widerspiegelt.

### **15 Weibliche Neumitglieder direkt ansprechen**

16 Junge weibliche Neumitglieder treffen in ihren Ortsvereinen nicht selten auf eine Herrenrunde  
17 gesetzten Alters. Das kann erst einmal abschrecken. Sich aktiv einzubringen und eigene Themen zu  
18 setzen erfordert in diesem Rahmen viel Mut, Selbstbewusstsein und leider auch Frustrationstoleranz.

19 Wir möchten insbesondere jungen Frauen den Einstieg in die aktive Parteiarbeit von Anfang an  
20 erleichtern. Dazu planen wir, Neumitgliederseminare von bereits politisch aktiven Frauen durchführen  
21 zu lassen. Diejenigen, die schon Erfahrungen gesammelt haben, sollen als Ansprechpartnerinnen und  
22 Mentorinnen fungieren. So können neue weibliche Mitglieder gestärkt werden und mit dem Rückhalt  
23 der Erfahrung anderer Frauen die Hemmschwellen im eigenen Ortsverein leichter überwinden.

### **24 Frauenvernetzung fördern**

25 Die Vernetzung von Frauen untereinander, die bereits durch die Durchführung der oben dargestellten  
26 Neumitgliederseminare entsteht, möchten wir weiter fördern. Regelmäßige Möglichkeiten zum „get  
27 together“ wollen wir bei unseren Themenveranstaltungen und Verbandswochenenden bieten. Parallel  
28 zu diesen Frauen-Vernetzungstreffen bei unseren Veranstaltungen sollen sich auch die Männer mit  
29 feministischen Themen beschäftigen. Projekt- und themenbezogen können wir Frauen aus der  
30 gesamten Region zusammenbringen.

### **31 Unterstützung bei Projekten, Ämtern und Kandidaturen**

32 Frauen, die eigene Projekte durchsetzen möchten oder für Ämter und Mandate kandidieren, werden  
33 wir unmittelbar durch unsere Mitarbeit als Jusos OWL und mittelbar durch Förderung der Vernetzung  
34 von Frauen und Herstellung von Kontakt untereinander unterstützen. Vor allem im Hinblick auf die  
35 Kommunalwahlen 2020 möchten wir junge Frauen ermuntern, sich vor Ort politisch zu engagieren,  
36 ihre Kommune nach ihren Vorstellungen mitzugestalten – und sich gegen viele Männer durchzusetzen.

### **37 Im Juso-Regionalvorstand feministisch denken und arbeiten**

38 Die Unterstützung, Förderung und Vernetzung von Frauen wollen wir insbesondere innerhalb der  
39 Arbeit des Regionalvorstands verwirklichen und verstärken. Auch über die Quotierung unseres  
40 Vorstands hinaus begrüßen wir weibliche Kandidaturen ausdrücklich, Frauen organisieren und leiten  
41 unsere Veranstaltungen und sind Mitglieder von Podiumsdiskussionen.

42 Grundsätzlich ist es gleich in mehrerer Hinsicht wichtig und nur demokratisch, dass unsere  
43 Entscheidungen und unsere Politik im Regionalvorstand offen und transparent diskutiert, geplant und  
44 durchgeführt werden. Dabei achten wir besonders darauf, Frauen miteinzubeziehen.

#### 45 **Greifbare Vorbilder schaffen**

46 Marie Juchacz, 1919 die erste Rednerin in der Nationalversammlung, Frieda Nadig, eine der „Mütter  
47 des Grundgesetzes“, Heidemarie Wiczorek-Zeul als erste Frau an der Spitze der Jusos, Katarina Barley  
48 oder Malu Dreyer – damals wie heute gibt es in der SPD starke weibliche Vorbilder. Wir möchten neben  
49 diesen großen Namen aber auch Vorbilder schaffen, die im Alltag greifbar und ansprechbar sind.  
50 Frauen, die bereits in Vorständen, Fraktionen, auf kommunaler, regionaler oder auf Landesebene aktiv  
51 sind möchten wir als Funktionärinnen bei Seminaren und Veranstaltungen präsenste Rollen einnehmen  
52 lassen. Damit möchten wir Frauen Mut machen, für ihre eigenen kleinen und großen Ziele zu kämpfen.

# 02

## Alle reden vom Rave! Wir nicht!

AntragsstellerIn: Kreisverband Minden-Lübbecke

1 Wir setzen uns für weniger elektronische Musik auf Juso-Partys und die Schaffung einer „Jusos NRW“-  
2 CD für den Juso-Bundesvorstand ein. Außerdem sollte die Musikauswahl auf allen mehrtägigen Juso6  
3 Veranstaltungen unseren demokratischen Maßstäben genügen.

4 Techno ist Ausdruck dessen, was Musik nach Adorno in der verwalteten Welt widerfährt: Unter  
5 "Bedingungen planender, organisierender Erfassung" wird ihr die "künstlerischen Freiheit und  
6 Spontanität" entzogen. Längst sind DJ\* Sklaven immer gleicher populärer Beats. Abgeschottet hinter  
7 dem DJ\*-Pult ist eine Interaktion mit den Hörer\*innen dabei minimal. Er\*Sie ist also nichts anderes als  
8 Vorarbeiter\*in einer Musikindustrie, welche auf den populären Sound aufbaut. Das musikalische  
9 Endprodukt hat sich dabei längst von den Künstler\*innen entfremdet, weil der künstlerische Mehrwert  
10 auf Wiederholung immer gleicher Langeweile basiert. Wo Musik derartig zur Ware wird und sich der  
11 künstlerische Mehrwert nur in monetären Maßstäben berechnet werden kann, lässt die Analyse nur  
12 einen Schluss zu: Die sogenannte Technomusik ist Ausdruck eines „Kapitalismus pur“ in der  
13 Musikindustrie.

14 Deshalb eignet sich diese Musik auch nicht als Ausdruck des Protestes, weil ihr wahrer Charakter so  
15 sehr mit der Unterhaltung und dem Konsum verbunden ist, dass Versuche der Musik eine andere –  
16 eine politische – Funktion zu geben, eine Fassade bleiben. Wir stellen zwar fest, dass Aktivist\*innen  
17 wie Hedonist International den Versuch unternehmen, politische Inhalte über die Partyszene zu  
18 verbreiten und wir halten auch fest, dass die Techno-Bewegung gerade in den Anfängen durchaus als  
19 Protestbewegung verstanden werden kann. Allerdings müssen wir auch festhalten, dass der Versuch  
20 eine Gegenkultur zu entwickeln vage bleibt, wenn sie nicht im Kern antikapitalistisch ist. Gerade die  
21 Hip-Hop-Kultur oder auch die Punk-Bewegung sind gute Beispiele dafür, dass Musikrichtungen auch  
22 antikapitalistisch organisiert sein können. Und wenn auf einem Rave das Motto ausgegeben wird, dass  
23 Menschenfeindlichkeit nicht zu ertragen sei, dann stellen wir fest, dass dieser Rave nicht zu ertragen  
24 ist. Weil dadurch, dass er das Entsetzliche auch noch konsumierbar gemacht wird, schlicht aus der  
25 eigentlichen Botschaft auch noch einmal neue Konsumqualitäten herauspresst. Auf einem Rave ist es  
26 jedenfalls noch nicht zu einer sachgerechten Analyse des kapitalistischen Systems und einer daraus  
27 folgenden Kritik an den bestehenden Verhältnissen gekommen. Party-Hedonismus ist eben auch nur  
28 „Opium des Volkes“, aber keine wirksame Politisierungsstrategie.

29 Andererseits ist Kunst natürlich immer nur Ausdruck dessen was ist. Der Beat ist Hammerschlag einer  
30 geknechteten Arbeitnehmer\*innenschaft. Endlos. Ohne Pause, in einem System, was den Mensch zur  
31 Maschine macht. Drastisch ausgedrückt bedeutet das: Wer die Arbeiter\*innenschaft befreien will,  
32 muss sie zunächst vom "Boom" befreien. Denn im Techno spiegelt sich alles wider, was Sozialist\*innen  
33 politisch bekämpfen: Einfache musikalische Antworten auf komplexe Fragen. Techno als Ausbruch aus  
34 dem Alltag statt politischem Klassenkampf. Das hat auch damit zu tun, weil in einer Musikrichtung  
35 ohne Text auch keine Verbalisierung einer neuen Welt stattfinden kann. Die Entsolidarisierung auf der  
36 Tanzfläche, wo jede\*r für sich tanzt, spiegelt dabei zwar die logische Konsequenz einer im Grunde  
37 genommen Ich-bezogenen Musik wider, aber es stellt für uns keine tanzbares Abbildung des  
38 Sozialismus dar. Soll der "Boom" wirklich die Antwort auf unsere musikalischen Fragen sein? Nein. Wer  
39 die herrschenden Verhältnisse kritisiert, darf beim Techno nicht schweigen. Die politischen  
40 Verhältnisse müssen auch auf dem Dancefloor zum Tanzen gebracht werden. Es gibt schließlich keinen  
41 richtigen Beat im Falschen.